

wird die doppelte
Nord von Hundert
infolge eines über-
ne Kräftesteigerung

offenen Christentum
en!

führungen wie folgt:
um einen gefühl-
en mit Einsicht und
kt eines positiven
des Volkes und
werden einzig und
wahr und geklärt,
wir uns mit der
s und dem Hoch-
Zentrumspartei ein-
us dem Wahlkampf
unserem katholischen
kulturelle Kultur dem
Sorgen Sie mit
mit uns in einer
am 24. April die
rettet.

wenden der Red-
Gedächtnis unserer
Pflicht zu tun.
Oberstudienrat
dafür zu sorgen,
Söhne und Töchter
katholischen erfüllen.

Chetredakteur Dr. Walter
Landberg, 21. 11. 1932
für
Stiller, Müller, L. W.
Hofmeister, W. 1. 6. v.
Hofmeister, W. 1. 6. v.
Hofmeister, W. 1. 6. v.
Hofmeister, W. 1. 6. v.

pt bei
str. 7.

FE
nl:
IS
ift in
1."

hl"

innen aber nicht
neigt sich dem
ient gewonnen.

B. M. Herren

figen Ortsgruppe
3. ein Stellvertreter
Ergebnis. Das
ein Spielverloren;
2. haben mehr
die Verteidigung
arbeit und machte
u. Ber. jüdische
s Spiel, bei dem
n ist.

hebe.

M. 1:2.

bahn.

ues-Müller vor
Dümmel-
othues-Müller,
ischen vom Feld
rufft angetreten,
Kreuzfahrer-Neu-
Müller haben.
verpäteter W-
das Feld in
Verteidigung, die von
mann, Gutsa-
es erobert wird.
ab und werden
vorhanden kommen
Während der
erhöht und
den Sieg der
Parteilichkeit!
-Hofes an sich
Wortung stän-
mittliche kurz dar-
weiteren hören
-Hermann, den
ung wie ange-
des vor Hof-
sch und Heren-
n Heren-
-Kreuzfahr.

(17 Punkte),
era (19 Punkte),
Grafen-Walfo
12 Punkte), 6
schneid-Paroli
el), 9. Hofen-
Kreuzfahr.

Amflicher Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Beamten des Kreises
Borken.

Gesetzliche Stellen:
Bocholt, Kreisamtstr. 14.
Bernspach-Sammel, Nr.
3054. — Rhede: Hof
Heinrichs. — Anholt:
W. Wolling. — Werth:
Th. Pallas. — Sijel:
burg: Johann Welling.
Ringenberg: Schme-
bertons. — Dingen:
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Postverlagssort:
Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheider Volkszeitung.

Amfliches Kreisblatt.

Anholter u. Iffelburger Zeitung.

Postverlagssort:
Bocholt.

Bezugspreis im Voraus:
Abgabe von der Geschäftsstelle
2.—, ins Haus gebracht einmal
35 Pfg. Postnachnahme 2.35, durch die
Post einm. 42 Pfg. Beilage 2.25
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperr, Betriebsstörung
u. a. hat der Besteller seinen Vor-
spruch auf Lieferung ab. Nachschl.

Abgabe von der Geschäftsstelle:
Für das einjährige Abonnement
12 Pfg. lokale Anzeigen 7.7 Pfg.,
Familienanzeigen 7.7 Pfg., kleine
(Gegengelds) Anzeigen 6.6 Pfg.,
bebildete und parteipolitische
Anzeigen 10 Pfg. Für den all-
gemeinen (Zeno) Teil gelten
besondere Tarife.
Bei Abrechnung, Vergleichen,
Konkurrenzen (Abt. der demüthig-
ten) Abt. fort. — Geschäftsstand 19
für beide Teile Nachschl.

Nummer 108

Dienstag, den 19. April 1932

Jahrgang 1932

Neues Stadium der Abrüstungskonferenz. Nadolnys Erklärung. / Ein tschechoslowakischer Entschließungsentwurf.

In einem Zug oder in Etappen?

Genf, 18. April.

Der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz hat heute
vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konven-
tionstextes fortgesetzt und zwar durch eine Aussprache
über die Frage,

ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz er-
reicht oder in Etappen verwirklicht werden soll.

Der Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Ge-
legenheit auch der deutsche Antrag über den Grundsat-
z der Abrüstungsabstimmung auf ein möglichst niedri-
ges Niveau erörtert werden könne.

Als erster Redner erging

der deutsche Vertreter Botschafter

von Nadolny

das Wort, um die erwünschte Forderung Deutschlands einer
effektiven Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst
niedrigen Stand ausführlich zu begründen. Botschafter
Nadolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die
Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigsten
Standes ausgeführt worden seien. Deutschland gehe davon
aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in Richtung
in der Abrüstung gemacht werden müsse.

Eine unbedeutende oder nur scheinbare
Abrüstung oder eine Stabilisierung der Rüs-
tungen bei dem jetzigen Stande könnte in keiner
Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet
werden.

Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle Le-
ben, mühe an sich ein ausreißender Grund sein für eine
möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüs-
tungsstandes. Deutschland würde es auf alle Fälle vor-
ziehen, wenn die Konferenz sich einigen könnte, um ihr
Ziel in einem Zuge zu erreichen. Im anderen Falle
wäre es jedenfalls notwendig, nicht die erste Etappe, son-
dern auch die folgende sowie das Endziel festzusetzen.
Doch die Zeitläufe müßten so klein wie möglich
und vor allem müßte schon die erste Etappe eine be-
trächtliche Herabsetzung bringen. Botschafter
Nadolny erwähnte

die deutsche Abrüstung als Beispiel

dafür, bis zu welchem Grade man in kurzer
Zeit abrüsten könne. Im Hinblick auf die in der letzten
Woche insbesondere von persischer Seite gemachten
Vorbehalte wegen des jetzt schon ungenügenden Rüs-
tungsstandes gewisser Länder, erklärte der deutsche Ver-
treter, daß eine mechanische Herabsetzung und ein Verzicht
auf das in Artikel 8 der Völkervereinbarung vorgesehene
Mindestmaß natürlich nicht in Frage kommt. Deshalb

das rein mechanische Reduktionsprinzip der russischen
Vorschläge nicht annehmen.

Der russische Grundgedanke, daß die stark gerüsteten Staa-
ten stärker abrüsten müßten als die schwachen,
sei aber vollkommen richtig, und es würde sich
empfehlen, zur Verwirklichung dieses Grundgedankes die
russischen und die türkischen Vorschläge zu verbinden.
Nach der Rede des deutschen Vertreters legte

der tschechoslowakische Delegierte
Dierlinger

gleichzeitig im Namen der dänischen, spanischen,
estnischen, norwegischen und uruguayischen
Delegationen einen Entschließungsentwurf über die
etappenweise Erreichung des Konferenzziels vor,
der folgenden Wortlaut hat:

Der Hauptausschuss glaubt, daß die Herabsetzung
der Rüstungen, wie im Artikel 8 der Völkerverein-
barung vorgesehen ist, nur etappenweise und
mit Hilfe einer Reihe von Revisionen, die mög-
lichst nahe aufeinanderfolgen sollen, voll verwirklicht
werden kann.

Der deutsche Vertreter erklärte, daß dieser Entwurf
der deutschen Auffassung nur unvollkommen Rech-
nung trage, während der russische Vertreter Lit-
winoff die Erwähnung der Völkervereinbarung als un-
annehmbar für die Nichtmitgliedsstaaten bezeichnete
und eine Ergänzung durch den Hinweis auf die Notwen-
digkeit der internationalen Herabsetzung im ersten Stadium
verlangte. Auch der englische Außenminister er-
klärte, es komme auf das erste Stadium an und die
in der Entschließung vorgesehenen Etappen dürften

sein Vorwand zur Verschleppung

sein. Auf Vorschlag Hendersons wurde sodann zur Be-
handlung des neuen tschechoslowakischen Vorschlags ein
Sonderausschuss eingesetzt, dessen Leitung in die
Hände von Beneš und Litwinoff gelegt worden ist.
Dem Ausschuss gehören 14 Staaten, darunter die sämt-
lichen Großmächte, an. Der Ausschuss tritt noch am heu-
tigen Abend um 18 Uhr zusammen. Der französische Dele-
gierte Paul-Boncour, der sich für die Entschließung
erklärte, legte besonderen Wert auf die Erwähnung des
Artikels 8, durch den die Berücksichtigung der Sicher-
heits- und der sonstigen Verhältnisse der einzelnen
Länder gewährleistet sei. Eine Beschlußfassung ist erst für
die morgige Sitzung des Hauptausschusses zu erwarten.

Deutschlands Prinzip im Vordergrund.

(Genf, 18. April.)

Mit der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der
Abrüstungskonferenz sind die Arbeiten der Konferenz in
ein wichtiges neues Stadium getreten. Der
Verlauf der Sitzung, die den Charakter einer recht leb-
haft geführten Debatte hatte, hat bereits gezeigt,
daß die Konferenz aus dem Stadium der großen Neben-
sache

an dem Punkt angelangt ist, wo die konkreten prinzi-
piellen Fragen der Abrüstung zur Entscheidung ge-
hen.

Gegenstand der heutigen Diskussion war die
Frage, ob das Ziel der allgemeinen Abrüstung in einer
einzigsten Konferenz oder etappenweise erreicht
werden soll. Die Konferenz hat, ohne daß bereits eine
Abstimmung über diese prinzipielle Frage erfolgt, sich
praktisch für die zweite Lösung ausgesprochen.
Nachdem die Konferenz sich entschlossen hat, nicht den
Weg sofortiger Radikallösungen zu beschreiten,
war es besonders wichtig, daß dem deutschen Stand-
punkt nochmals klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß

die etappenweise Lösung nicht zu einer Umgehung
und Verwischung des Zieles der allgemeinen Abrüs-
tung, wie sie im Artikel 8 des Völkervereinbarungspaktes
vorgesehen ist, führen darf.

In diesem Sinne hat Botschafter Nadolny in seinen heu-
tigen Ausführungen sehr klar wieder den Gedanken in
den Vordergrund gestellt, daß das leitende Prinzip der
künftigen Arbeiten nicht die Begrenzung, sondern
die Herabsetzung der Rüstungen sein müsse. Eine
gewisse Anerkennung dieser Forderung bedeutet es,
wenn in der erwähnten Entschließung das Wort „Be-
grenzung“ der Rüstungen nicht vorkommt. Es
ist auch viel bemerkt worden, daß in der heutigen Debatte
alle Redner nur mehr von einer „Herabsetzung“
gesprochen haben. Der deutsche Vertreter hat seinen
Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Regierung es
lieber gesehen hätte, wenn die Konferenz sich dafür ent-
schieden hätte, schon jetzt mit einem Schlag das End-
ziel der allgemeinen Abrüstung zu verwirklichen. Da diese
Lösung bei der Fassung des Artikels 8 des Völkerverein-
barungspaktes und der schon erwähnten Beschlüsse der Völkerver-
einbarung nicht möglich ist, ist es um so
notwendiger, daß wie Botschafter Nadolny sehr ent-
schieden betonte, schon die erste Etappe eine sehr be-
trächtliche Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungs-
zustandes bringe, daß die weiteren Etappen möglichst
kurz aufeinander zu folgen haben und daß das
Endziel der allgemeinen Abrüstung möglichst
schnell erreicht wird.

Fortschritte von großer Tragweite.

Genf, 18. April.

Die inhaltlich bereits mitgeteilte Entschließung, die
vom Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz in der
Sitzung am Dienstag voraussichtlich angenommen wird,
hat folgenden Wortlaut:

Gaswolke über Harburg.

Die Ursache noch unbekannt.

(Hamburg, 17. April.)

Auf dem bei den Landungsbrücken in Harburg liegen-
den Dampfer „Courier“ der Hamburger Dampfschiffahrts-
gesellschaft wurden Sonntag morgen gegen 7 Uhr sieben
Personen der Besatzung und ein Passagier durch
Einatmen von Gas unwohl. Die Erkrankung,
die eine lähmende Wirkung auf die Atmungs-
organe hatte und Hustenreiz und starke Kopf-
schmerzen verursachte, nahm keinen anderen
Charakter an. Die Ursache war eine starke Gas-
wolke, die ihren Niederschlag auf dem Dampfer fand.
Sämtliche Metallteile auf dem Dampfer, besonders
die Ventile und Kupferstücke, waren mit einer weißen
Schicht überzogen.

Die Harburger Polizei gab darüber folgenden Bericht:
Am Sonntag morgen kurz vor 7 Uhr spürten mehrere
Personen der Besatzung des Hamburg-Harburger Damp-
fers „Courier“, der an der hiesigen Anlegerbrücke lag, plötz-
lich einen schwefelartigen, äuerlichen Gas-
geruch, der bei ihnen Hustenreiz und ein Unwohlsein
hervorrief. Bei einigen Personen zeigten sich auch Kopf-
schmerzen etc. Nach Verlauf von 2-3 Minuten war der
äble Geruch verschwunden. Erste Erkrankungen sind
nicht erfolgt, weswegen die betreffenden Personen auch
ärztliche Hilfe nicht in Anspruch nahmen.

„In Anbetracht der Ansichten, die im Laufe der Aus-
sprache auf der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der Her-
absetzung und der Begrenzung der Rüstungen ausge-
drückt worden sind, ist der Hauptausschuss der Ansicht,
daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie in
Artikel 8 des Völkervereinbarungspaktes vorgesehen ist, schritt-
weise durch Revisionen, die sich in geeigneten
Zeitraumräumen zu wiederholen haben, zu ver-
wirklichen ist, nachdem die gegenwärtige Konferenz
Herabsetzung auf das tiefstmögliche Niveau vollzogen
haben wird.“

Diese Resolution bedeutet insofern eine wesent-
liche Verbesserung, als sie den Gesichtspunkten, die
der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny geltend
gemacht hat, Rechnung trägt. Vom deutschen
Standpunkt aus ist es zu begrüßen, daß zwei Grund-
sätze festgelegt worden sind:

1. Es wird eindeutig festgestellt, daß die Abrüstung
des Völkervereinbarungspaktes in fortwährenden Etap-
pen bis zum Endziel durchzuführen ist.

2. Es kann jetzt kein Zweifel mehr bestehen, daß die
jetzige Abrüstungskonferenz selbst einen ersten ent-
scheidenden Schritt, die Abrüstung auf das tiefst-
mögliche Niveau zu vollziehen, gemacht hat.

Mit dieser Entschließung würde, unter der Voraus-
setzung, daß der Hauptausschuss ihr zustimmt, die Kon-
ferenz gegenüber den bekannten Bestrebungen, die Rüs-
tungen vorläufig nicht herabzusetzen, sondern nur zu
begrenzen, endlich eine klare Richtlinie für
ihre Arbeiten gefunden hat. Zwangsläufig wird es
sich in den weiteren Verhandlungen der Abrüstungs-
konferenz um die Frage handeln, in welcher Weise der
erste entscheidende Abschnitt zur Herabsetzung der
Rüstungen auf ein Mindestmaß durchgeführt werden soll.
Der Entwurf stellt die erste praktische Ent-
scheidung der Abrüstungskonferenz dar. Er heißt
zweifelslos große Tragweite.

Erörterungen um die Sanktions- klausel.

London, 18. April.

Der Genfer Korrespondent der „Times“ sagt: In
den Wandelgängen der Abrüstungskonferenz werde die
Frage erörtert, ob es nicht angebracht wäre, die San-
tionsklausel der Völkervereinbarung zu streichen,
weil ein solcher Schritt wahrscheinlich der einzige
wäre, der eine Annäherung des amerikanischen
und des europäischen Standpunktes in der Frage
eines nicht herausgeforderten Angriffes zustande bringen
könnte.

Neue Flugzeugkampagne Hitlers.

Heusen, 18. April.

Hitler hat eine neue Flugzeugkampagne
begonnen. Nachdem er zunächst in mehreren bayerischen
Orten Reden gehalten hat, kam er heute von München
im Flugzeug nach Heusen, um hier im Stadion vor einer
sehr stark besetzten Versammlung zu reden. Die Kun-
gebung verlief in Ruhe; auch nachher kam es zu keinerlei
Zwischenfällen. Hitler begab sich dann mit dem Flugzeug
nach Göttingen.

Die Gemische Abteilung des Hamburger Gesundheits-
amtes ist damit beschäftigt, den Ursprung der Gas-
wolke zu ermitteln. Bisher haben diese Untersuchungen
noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Man ver-
mutet, daß es sich bei den Gasen entweder um Salz-
säure, Chlor oder schweflige Säure handelt.
Da alle Stoffe stark giftig wurden, mit denen man den
Niederschlag auf den Metallteilen auf dem Dampfer
„Courier“ zu entfernen versuchte, so liegt die Vermutung
nahe, daß es sich möglicherweise doch um Chlor gehan-
delt hat. Weiter haben die Feststellungen ergeben, daß
der Wind, der die Wolke vor sich her trieb, nördliche
bzw. nordöstliche Richtung gehabt hat. Aus dieser Tat-
sache folgern die Untersuchungen, daß das Gas aus einem
Hamburger Betrieb stammen mußte. Die Hamburger
Behörden versuchen jetzt, aus welchem Betriebe das
Gas stammen könnte.

Hamburg, 18. April. Die eingehenden Untersuchun-
gen der Sachverständigen haben bisher ergeben, daß die
Gase, die sich auf dem Dampfer „Courier“ niederschlugen,
weder von einem Betrieb in Hamburg noch in Harburg
oder Wilhelmshaven stammen können. Man vermutet, daß
sie sich in den Feuerungsanlagen des Damp-
fers selbst gebildet haben.

Um die Politik der Mitte.

Die Zentrumswählererschaft hat bei der Wahl des
Reichspräsidenten überall musterhafte Disziplin ge-
wahrt. Sie hat den Radikalismus abgelehnt und den
Mann gewählt, der über den Parteien steht, der seine
Hand nicht bietet zu zweifelhaften Experimenten, der
in Rechtsschaffenheit, Sachlichkeit und Verfassungstreue
seines hohen verantwortungsschweren Amtes seit sieben
Jahren waltet und allen Einschüflerungen, aller Hebe-
allen Schlagworten zum Trost unbeirrt zu dem Reichs-
kanzler Dr. Brüning steht. Wenn nach einem uns aus
Ostpreußen zugegangenen Flugblatt dort für Hitler
geworden und gegen Hindenburg Stimmung zu machen
versucht wurde mit der Warnung: „Wer Hindenburg
wählt, wählt Brüning!“, so war sich die Zentrumswä-
hlerschaft ohne Frage durchaus bewußt, daß die Wahl
Hindenburgs auch die Stärkung und Fortsetzung der
Befreiungs- und Sanierungspolitik Brünnings bedeuten
würde, und sie hat, wenn auch nicht nur des-
wegen, so doch auch darum für Hindenburgs Wieder-
wahl gestimmt.

Jetzt geht der Kampf um Preußen. Er geht
zugleich um Bayern, um Württemberg, um Hamburg
und Anhalt. Aber auf die preußischen Landtagswahlen
konzentriert sich ganz überwiegend die Stoßkraft der
Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, weil
sie durchaus richtig erkannt haben, daß die Reichs-
politik Brünnings Schwierigkeiten über
Schwierigkeiten bereiten können, wenn
sie das Volkwerk Preußen einrennen,
wenn sie die preußische Verwaltung und damit die
Verwaltung von drei Fünfteln des Reichsgebietes in
ihre Hand bekommen, wenn sie durch die preußischen
Reichsratsstimmen im Reichsrat eine Mehr-
heit gegen das Kabinett Brüning zustande zu bringen
vermögen. Von den 66 Stimmen, die der Reichsrat hat,
entfallen auf Preußen 26, auf Bayern elf, auf Würt-
temberg vier, auf Hamburg zwei und auf Anhalt eine,
in den Ländern also, in denen am Sonntag gewählt
wird, zusammen 44 oder genau zwei Drittel der ge-
samten Reichsratsstimmen. Außerdem wird in näch-
ster Zeit noch in Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin
gewählt werden, während die Braunschweigische und die
mecklenburg-strelitzsche Reichsratsstimme schon im
Sinne der „nationalen Opposition“ benützt werden.
Von den preußischen Reichsratsstimmen entfallen zwar
dreizehn auf die preußischen Provinzen, sie werden
aber von den Provinzialbevollmächtigten nach eigenem
Ermessen abgegeben, jedoch, wenn eine Reichsratsstimme
in Preußen käme, sie auf diese Stimmen für sich
noch nicht als Stimmen in ihrem Sinne reiflos zählen
könnte; mehrere dieser Provinzialbevollmächtigten sind
freilich schon jetzt Leute der Rechten und, wenn wir
bei den Länderwahlen am Sonntag einen Umschwung
nach rechts bekämen, so würde es, wie die „Adnische
Zeitung“ durchaus richtig bemerkt, wenig verschlagen,
daß Preußen die Hälfte seiner Vertreter im Reichsrat
den Provinzen entnimmt, weil logischerweise auch die
Provinzialparlamente auf die Dauer einem Umschwung
im Landtag nicht entgegen können. Nehmen wir den
äußerten Fall an, daß aus den Länderwahlen am
Sonntag von den Nationalsozialisten weitgehend be-
einflußte Mehrheiten in den Länderparlamenten und
dementsprechend Länderregierungen von national-
sozialistisch-deutschnationaler Färbung hervorgehen
würden, so würde im Reichsrat unter Einzuzurechnung
von nur einer Provinzialstimme, also etwa des ost-
preußischen Vertreters, des Freiherrn von Gahl, schon
eine Mehrheit gegen Brüning vorhanden sein. Damit
würde aber das ausgezeichnete Wahlergebnis vom 10.
April im Sinne Hitlers und Hugenburgs
revidiert sein. Hieran muß der preußische Wähler,
der am Sonntag vor acht Tagen aus guten Gründen
Hindenburg gewählt hat, am kommenden Sonntag
denken. Auch für die Preußenwahlen steht also die
Reichspolitik im Vordergrund.

Das Zentrum kämpft in diesem Wahlkampf nicht
um die Erhaltung der bisherigen Koalition, nicht um
den Bestand der Regierung Braun. Es kämpft ge-
gen die Auslieferung Preußens an den
Radikalismus, weil alles darauf ankommt, daß
die Befreiungspolitik im Reich, die bis hart vor die
großen internationalen Entscheidungen geführt wor-
den ist, nicht von Preußen her sabotiert wird. Die
Linie, soweit sie bisher regierungsfähig war, wird
in den neuen Landtag nach den Wahlergebnissen vom
13. März und 10. April geschwächt zurückkehren.
Es wird darin keine 137 Sozialdemokraten, keine 22
Staatsparteiliche mehr geben. Die Schwächung wird,
wenn nicht alles trügt, auch prozentualer über die
Reduzierung der Mandate wesentlich hinausgehen, die
die Heraushebung des Wahlkoeffizienten von 40 000
auf 50 000 zur Folge haben wird. Wie aber das
Zentrum seit 1919 durch seine Koalition mit der Lin-
ken verhindert hat, daß sozialistische Politik in
Preußen gemacht wurde, wie es dadurch erreicht hat,
daß der Kurs nicht gesteuert wurde, auf den nach der
Revolution die Sozialdemokratie gehen wollte, so
wird es die Aufgabe des Zentrums im neuen Landtag
aller Voraussicht nach sein, zu verhindern, daß der
Nationalsozialismus die Regierung-
und Gesetzgebungsexperimente macht,
die ihm vorzueben. Daran muß jeder Zen-
trumswähler, jede Zentrumswählerin am Sonntag
denken. Ein gesunder, einem Volke zuträglicher Kurs

ist und bleibt allein der auf den Ausgleich der Interessen bedachte Kurs der Mitte. Kann man ihn nicht direkt dadurch erreichen, daß ein Parlament mit einem Mehrheitsblock von Mittelparteien gewählt wird, so muß man ihn indirekt durch Verhinderung einer Link- oder Rechtsmehrheit zu erreichen suchen.

Neben diesen Gesichtspunkten der Verhinderung einer Sabotage der Reichspolitik und eines starken Pendelschlags selbst über die Deutschnationalen hinweg zum Rechtsradikalismus sprechen für den deutschen Katholiken natürlich auch noch andere, vor allem kulturpolitische Gesichtspunkte mit. Es braucht ja nur daran erinnert zu werden, daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten scharfe Gegner des Konfessionsbundes sind, daß die deutschen Bischöfe gute Gründe für die Verurteilung des Nationalsozialismus haben, daß wie der Uebertritt zahlreicher Kommunisten zur NSDAP beweist, zwischen dem Radikalismus dieser beiden Extreme sehr starke Berührungspunkte sind, daß hier wie dort sozialistische Gedankengänge maßgebend sind und daß der Götze gegen Rom nicht nur aus einer zu den Preußenwahlen dieser Tage erlassenen Rundgebung des Evangelischen Bundes spricht, sondern auch in nationalsozialistischen Verlauterungen in nicht katholischen Gegenden ganz deutlich in Erscheinung tritt. Das eben erwähnte, in Königsberg i. Pr. gedruckte und sich an evangelische Christen wendende Flugblatt, mit dem zum 10. April für Hitler und gegen Hindenburg agitiert wurde, enthält folgende sehr bezeichnende Sätze:

„Wenn Ihr Hindenburg wählt, wählt Ihr in Wahrheit Brüning! Und was ist in Wahrheit dieser Brüning? Er ist katholisch, er ist bewußt katholisch, taufendmal bewußt, als Ihr bewußt evangelisch seid. Als Zentrumsmann liegen für ihn die letzten Motive seiner Entscheidungen nicht in Deutschland, ganz sicher nicht in einem evangelischen Deutschland, sondern ultra montes, jenseits der Alpen, in Rom. Er ist der Mann der „Katholischen Aktion“, zu deutsch der heutigen Gegenreformation. ... Wer sagt Euch denn, daß Rom nicht sogar dazu bereit ist, den ganzen protestantischen Norden für ein oder zwei oder drei Generationen durch das „Leutungsfeuer“ des Bolschewismus gehen zu lassen, damit Ihr oder Eure Kinder und Enkelkinder zu Rom zurückgezwungen werden sollt? (1) Seht Ihr denn nicht und fühlt Ihr denn nicht, daß der Nationalsozialismus die einzige und letzte Möglichkeit für die Zukunft Eures deutschen, christlichen, evangelischen Vaterlandes ist? Wer Hindenburg wählt, wählt Brüning! Wer Brüning wählt, wählt die Katholische Aktion! (1) ... Reibt den ultramontanen Staub aus Euren Augen! Bestimmt Euch darauf, daß Ihr deutsche evangelische Christen seid!“

Es ist zwar paradox, daß mit solchen törichtem und von Haß gegen die katholische Kirche zeugenden Sätzen für den Taufsteinkatholiken Hitler und gegen den positiv evangelischen Christen Hindenburg gewonnen wurde, aber das Wahgebende ist doch der Geist, den diese Sätze vertragen und der scheinlich zum Durchbruch kommen würde, wenn der Plan gelänge, eine nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung in Preußen auf die Beine zu bringen. Für das Zentrum geht es bei den Landtagswahlen nicht um die Entscheidung um die bischöfliche Aktion. Das Zentrum ist frei nach allen Seiten, und die Sozialdemokratie ist ihm ebenso wienstrem wie der Nationalsozialismus. Zwar soll man nicht vergessen, daß das Zentrum für die Rechte der Katholiken und ihrer Kirche in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie manches erreicht hat, aber es braucht auch nicht verschwiegen zu werden, daß diese Koalition auch für das Zentrum manche unangenehme Belastung mit sich gebracht hat, wenn auch jede Koalition notwendigerweise gewisse Belastungen für die daran beteiligten Parteien mit sich bringen muß. Wahrscheinlich auch für die Entscheidung keines Wählers sein, ob ihm jeder Name auf dem Wahlvorschlag anliegt. Die Persönlichkeit als ausschlaggebender Faktor tritt ja überhaupt bei dem gegenwärtigen Wahlstimmleiter sehr stark zugunsten der Parteien und ihrer Programme zurück. Aber dieses Programmatische hat seine Bedeutung, seine große Bedeutung zumal in diesen wirren, entscheidungsgewissen Zeiten. Und nur wenn der neue Landtag, wo alle anderen bürgerlichen Parteien bis zu den Deutschnationalen hin sehr unsichere, von der großen Krise angegriffene Gebilde geworden sind, ein starkes Zentrum haben wird, kann, um es nochmals zu sagen, Unheil von Preußen her für die Reichspolitik verhindert werden, ist auch damit zu rechnen, daß alles erhalten bleibt, was im mählichen Kampf der letzten dreizehn Jahre für die Katholiken in Preußen, für ihre Partikularrechte und für die Stellung ihrer Kirche erarbeitet worden ist. Nur dann, wenn das Zentrum das Jünglein an der Wage bleibt, haben wir die Beweihräuter, daß Preußen, durch das Zentrum in den vergangenen Jahren bewahrt vor sehr bedenklichen Auswüchsen, die eine rein rote Parteierrschaft zur Folge gehabt hätte, nunmehr einem nationalsozialistischen, aber nicht minder sozialistischen Extrem ausgeliefert wird.

Wir behaupten nicht, daß in den vergangenen Jahren in der preußischen Politik alles in schönster Ordnung, alles lobenswert gewesen sei. Wir haben ja selber häufiger freimütig Kritik geübt und uns auch nicht scheut, bisweilen einmal zum Ausdruck zu bringen, daß wir über diese oder jene Frage anders dächten als die Zentrumsfraktion. Aber wir haben auch schon manchen Vorwurf gegen die preußische Regierung gehört, der an eine andere Adresse gerichtet werden mußte. Es wird viel auf das Konto Braun-Schering geladen, wofür die preußische Regierung keine Verantwortung trägt. Bei einer Wahl dürfen nicht kleinliche Gesichtspunkte, nicht persönliche Verärgnungen über dies oder das bestimmend sein. Dabei muß man nach größeren Gesichtspunkten urteilen, aber auch daran denken, daß nicht wertvolles Porzellan zerbrechen wird, und man muß die bedeutenden Ziele ins Auge fassen, die jenseits der eigentlichen Landespolitik liegen, aber doch auch von ihr nicht ganz unberührt bleiben, die großen Ziele, die Reichstanzler Dr. Brüning in diesem Jahre aus guten Gründen erreichen zu können hofft, wenn ihm nicht vorher ein nationalsozialistischer Wellenschlag das Steuer aus der Hand reißt.

Eine „antikommunistische Liga“.

Die „Klein-Weißische Zeitung“ veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung einer „antikommunistischen Liga“. Begründet wird die Schaffung dieser Organisation mit dem Verbot der SA und SS, ohne daß aber diese Organisationen mit Namen genannt werden. Aber folgende Sätze lassen deutlich erkennen, was gemeint ist:

„Jetzt hat man einen der letzten Schutzwälle eingestürzt, die Deutschland vor der Gefahr des Kommunismus sichern.“

Vorbereitungen für Lausanne.

Besprechungen des Reichskanzlers.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 18. April. (Draht.)

Durch die einkündigte Unterbrechung, die am Sonntag Reichstanzler Dr. Brüning mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson in Genf hatte, wurde die bedeutungsvolle politische Woche eingeleitet, die wie in Berliner politischen Kreisen verifiziert wird, keine endgültigen Entscheidungen bringen, aber zur Förderung der großen schwebenden Fragen dienen wird. Nach ist es unklar, welche Haltung England einnehmen wird, und auch bezüglich Italiens läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Von Frankreich weiß man jedoch, daß es vor seinen Wahlen, die im Mai stattfinden, seine Karten nicht aufdecken wird. Es kann sich somit in Genf lediglich um lose Vorbesprechungen über die im Juni bevorstehende Reparationskonferenz handeln. Wenn jedoch die in Genf stattfindende Unterbrechung der Staatsmänner nur eine geringe Annäherung der sich widersprechenden Meinungen bringt, so wird ganz Europa der Lausanner Konferenz, auf der das Reparationsproblem gelöst werden soll, mit einigen Hoffnungen entgegenzusehen können. Vielleicht läßt sich am Ende dieser Woche schon ein gewisser Ueberblick gewinnen, wie die Lausanner Entscheidungen voraussichtlich aussehen werden. In diesem großen finanziellen und wirtschaftlichen Kampf ist die Lage Deutschlands durchaus nicht schlecht. In Genf wird auch ohne Zweifel über die Lage der Donauländer gesprochen. In Berliner unterrichteten Kreisen wird jedoch nicht erwartet, daß in dieser Hinsicht in dieser Woche oder überhaupt vor der Lausanner Konferenz endgültige Abmachungen getroffen werden.

Reichstanzler Dr. Brüning trat am Montag nachmittag dem Präsidenten der Brückungskonferenz, Hen-

der von, einen Besuch ab. Anschließend empfing er den italienischen Außenminister Grandi. Wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, legte Grandi besonderen Wert auf eine deutsch-italienische Verständigung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Donaufrage. Er betonte, daß in den bisherigen Verhandlungen besonders auf der Londoner Konferenz weitgehende sachliche Uebereinstimmung gewesen sei. Sowohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Interessen der beiden Länder an der Donaufrage stimmten im hohen Maße überein. — In der längeren Unterbrechung, die der Reichstanzler am Montag mit dem englischen Außenminister Simon hatte, sollen vornehmlich Tribut- und Brückungsfragen zur Sprache gekommen sein. Die Besprechungen des Reichstanzlers werden morgen früh fortgesetzt. Der ungarische Außenminister Dr. Tisza hat sich für morgen bei Dr. Brüning angemeldet.

Stimsons europäischer Aufenthalt.

Washington, 18. April.

Im Staatsdepartement glaubt man, daß Außenminister Stimson auf der Rückreise von Genf nach London gehen werde. Dagegen dürfte er kaum Zeit haben, Berlin aufzusuchen. Im übrigen habe er ja gegenwärtig in Genf ausgedehnte Besprechungen mit Reichstanzler Dr. Brüning. Sein Aufenthalt in Paris sei nicht beabsichtigt gewesen und nur dadurch zustande gekommen, daß sein Dampfer zu spät in Frankreich gelandet sei, so daß er den direkten Anschluß nach Genf verpasst habe. Immerhin sei seine Unterhaltung mit Tardieu recht wertvoll gewesen, da sie „einige Punkte aufklärte“.

Kreuger und der Faschismus.

Riesige Bestechungsgelder.

London, 18. April.

Die betrügerischen und fiktiven Transaktionen von Kreuger und Löff, durch welche seit Jahren die Zeichen der Ärtien und Obligationen betrogen wurden, strecken sich, wie der gutinformierte Korrespondent der „Financial Times“ berichtet, auf Grund des Scherzbankengerechts auf folgende Kommissionen: 5 Millionen Pfund Kreuger u. Löff, 24 Millionen Pfund Swedisch Match, 21 Millionen International Match. Man glaubt, daß die Konten von Kreuger u. Löff seit 1915 belästigt wurden. Von den 29 Millionen Pfund für die italienischen Schachgesellschaften, wie der Kongreß berichtet, nahezu 20 Millionen in den Aktien der International Match-Corporation enthalten, und zwar gegen 500 Millionen deutsche Bonds, die von der International Match-Corporation Kreuger in persönliche Verwahrung gegeben wurden. Der Korrespondent will wissen, daß eine Zeitlang ein enger Kontakt zwischen Hitler und Kreuger bestanden habe, der der Ansicht war, daß nur eine starke, „nationale“ Regierung in Frankreich und Deutschland das europäische Problem lösen könnte. Kreuger lief von Hitlers Verhandlungen mit den Bolschewisten im Herbst genau unterrichtet worden und soll eine wichtige finanzielle Stütze für die Hitlerbewegung gewesen sein. (Von nationalsozialistischer Seite wird das bekanntlich bestritten.) Wie der Korrespondent ferner berichtet, hat der Konzern riesige Summen als Bestechung für die Erwerbung von Rohstoffmonopolen ausgegeben. In der geheimen Sitzung des Untersuchungsausschusses sei festgestellt worden, daß gute Auskünfte für die Rettung der Swedisch Match bestanden, und daß auch amerikanische Interessenten an der Ericson-Telefongesellschaft in Schweden sich sehr einflussvoll zeigten.

Auffsehen erregende Enthüllungen sollen bevorstehen.

London, 18. April.

„Evening Standard“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Unterbrechung der Kreuger-Anglegenheit wahrscheinlich noch auffsehen erregende Enthüllungen über den Mißbrauch der Streichholzmonopole mit verschiedenen Staaten bringen werde. Es handele sich dabei um Prämienzahlungen Kreugers an einflussreiche Privatpersonen,

Diese Vorgänge erfüllen uns mit tiefer väterländischer Sorge.“

Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von Generaldirektor Borst vom Bodumer Verein, dessen Name man längst unter einem Aufruf für die Wehr Hitters fand, von dem zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten ehemaligen volksparteilichen Abgeordneten von Gilla, Direktionsmitglied der Guten Hoffnungsstätte, von dem Stahlhelmführer Studienrat Mahnen, Bergwerksdirektor Kauerz, dem Verleger der „Klein-Weißischen Zeitung“, Dr. Reimann-Große, und einigen Arbeitern, die der gelben Gewerkschaft „Deutsche Arbeit“ angehören. Da in der nationalsozialistischen „National-Zeitung“ die ehemaligen SA- und SS-Männer von dem nationalsozialistischen Gauleiter Terhagen zur Mitarbeit in dieser Antikommunisten-Liga aufgefordert werden, kann wohl kein Zweifel daran bestehen, was es mit der behaupteten Ueberparteilichkeit der Liga auf sich hat. Die Bekämpfung des Kommunismus ist uns gewiß nicht unsympathisch. Hier aber scheint es sich vor allem um eine Auffangorganisation für SA- und SS-Deute zu handeln.

Noch keine Klarheit über Groeners sportliche Pläne.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 18. April. (Draht.)

Das Verbot der SA wurde im ganzen Reich von den davon Betroffenen mit verständnisvoller großer Ruhe aufgenommen, und auch aus Kreislagen größerer Mäße sind nicht zu verzeichnen. In politischen Kreisen, die der

die den Abschluß der Monopolverträge in den betreffenden Staaten begünstigt haben sollen.

Morgan war frühzeitig unterrichtet.

Stockholm, 18. April.

Die Abendpresse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien kategorisch erklärt, niemals Finanzbeziehungen zu Juar Kreuger gehabt zu haben. Die Meldung von „Sozialdemokraten“, daß in Kreugers Geldschrank eine von König Alfons unterschriebene Quittung über 5 Millionen Pfund in Wertes gefunden sei, hat keine unmittelbare Bestätigung gefunden, ebenso wenig die Nachricht, daß eine Quittung Hitlers über 100 000 Kronen gefunden ist. Die Abendzeitungen berichten in großer Aufmerksamkeit aus London, daß die Morgan-Gruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuger-Konzerns kannte und wegen Kurverlustes einen Schaden von 10 bis 20 Millionen Dollar forderte. Da Kreuger nicht instand war, den vertraglich festgelegten Aktienkauf von 600 000 R. M. Fraktion mit 400 000 International Telephone-Aktien durchzuführen, nach derselben Londoner Meldung wollte Morgan die Abreise Kreugers aus New York verhindern und unterrichtete sogar die Polizeibehörden über die betrügerische Aktion von Kreuger. Schließlich glückte es diesem, die notwendigen Geldmittel aufzutreiben. Das Bankhaus Lee, Higginson u. Co. war inzwischen so mit Kredit aus versehen, daß man Direktor Morgan mit Kreuger nach Europa schickte, um an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Vor dieser Konferenz nahm Kreuger sich bekanntlich das Leben.

Die französischen Verluste.

Paris, 18. April.

Der „Transaktion“ beschäftigt sich am Montag mit der Frage der Rückwirkungen des Kreuger-Konzerns auf Frankreich. Die besonders in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über die Verwicklungen des Kreuger-Konzerns gegenüber französischen Banken seien außerordentlich übertrieben. Die Gesamtsumme der Verpflichtungen könne auf etwa 500 Millionen Franken geschätzt werden. Etwa die Hälfte dieses Betrages müsse als verloren gelten. 250 Millionen Franken seien in vollkommen normaler Weise durch auf Dollar lautende Staatsobligationen gedeckt. Bei der anderen Hälfte handele es sich um Bankrott, bei denen allerdings Verluste unvermeidlich erschienen.

Nationalsozialistische Partei nicht ganz fern stehen, wird behauptet, diese Ruhe in den Reihen der SA sei darauf zurückzuführen, daß man bei der nationalsozialistischen Parteilichkeit annehme, die Reichsregierung werde schon in den nächsten Tagen Anordnungen treffen, um mögliche viele Mitglieder der ausgeschalteten SA in den freiwilligen Arbeitsdienst zu überführen.

Diese Auffassung scheint sich mit den Plänen zu decken, die zur Zeit im Reichsinnenministerium beraten werden. Schon vor dem Verbot der SA-Organisation wurde im Reichsministerium ein Plan beraten, der die sportliche Ausbildung der Jugend und im Zusammenhang damit auch den freiwilligen Arbeitsdienst regeln will. Die Dinge sind noch nicht so weit gediehen, daß genaue Einzelheiten in Erscheinung treten. Es ist noch zweifelhaft, ob die Reichsregierung unmittelbar von den Regierungen der Länder aus die von Groener erwähnten Sportvereinigungen gründen will oder ob sie auf die bestehenden Verbände zurückgreifen gedenkt und lediglich eine Staatsaufsicht im Auge hat. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die ganze Angelegenheit erst nach den Wahlen zum Preussischen Landtag spruchreif sein werde.

„Graf Zeppelin“ zur 3. Amerikafahrt gestartet.

(Friedrichshafen, 18. April.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist kurz nach Mitternacht um 0,08 Uhr zu seiner dritten diesjährigen Südamerikafahrt gestartet. Dr. Goerner selbst hat die Führung des Schiffes übernommen.

Hindenburg und Groener.

Berlin, 18. April.

Zu dem nach der Veröffentlichung des Schreibens des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichsminister Groener veröffentlichten Artikel des Ministers wird an zuständiger Stelle erklärt, daß der Artikel verfaßt gewesen sei, noch ehe Minister Groener aus nur von der Wifflichkeit Kenntnis gehabt habe, daß der Reichspräsident den Brief an ihn richten würde. Auf die Frage, ob denn keine technische Möglichkeit bestanden habe, die Veröffentlichung des Artikels auf Grund der neuen Tatsache hintanzuhalten, da es vielfach als eine Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten aufgeföh worden sei, wird erklärt, daß Artikel Groeners enthalte eine Reihe anderer wichtiger Gesichtspunkte bezüglich der Beurteilung der Frage der Wehrverbände überhaupt, deren Herausstellung wichtig und von allgemeiner Bedeutung gewesen sei. Die Beurteilung des Groener-Artikels im Sinne einer Präjudizierung der Prüfung des von dem Reichspräsidenten geleiteten Materials sei völlig abwegig; vielmehr sei es die Ansicht des Ministers Groener nach wie vor, daß wenn andere Organisationen den Versuch machen würden, einen Staat im Satate zu bilden oder eine Entwicklungstendenz dahin zeigten, sie genau so behandelt werden müßten wie die nunmehr aufgelöste SA.

Gegenüber weiteren Kritiken an der Behandlung der Gesamtfrage in der Presse wird vermerkt, daß auf der dem Verbot der SA vorangegangenen Länderkonferenz der Minister Groener den Vertretern der Länder lediglich den Beschluß der Auflösung dieser Organisationen habe mitteilen können, zumal sich der Reichspräsident Entscheidungen über den Erlaß von Notverordnungen immer selbst vorbehalte. Abgesehen davon aber hätte die Herausgabe der Länderregierungen schriftlich wie mündlich die Auflösung der SA-Organisationen verlangt. Was das vom Reichspräsidenten dem Reichsinnenminister geleitete Material angeht, so sei dem Reichsinnenminister am Sonnabend erst ein Teil zugegangen, der andere Teil erst am heutigen Montag. Die Prüfung werde beschleunigt werden, wobei auch nachzuprüfen sei, wie weit die Weiterbehandlung in die Zuständigkeit von Ländern falle.

Wenn in der Presse mit Bezugnahme auf das Schreiben des Reichspräsidenten weiter behauptet wird, der Reichspräsident habe das Verbot des Reichs bannern verlangt, so steht dies nach Auffassung der zuständigen Kreise des Reichsinnenministeriums völlig im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut des Briefes.

In einem Berliner Montagsblatt ist behauptet worden, daß der Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium, Generalleutnant von Scheidter, mit dem nationalsozialistischen Führer Hauptmann Rißm Anfang April in einer Unterredung über das Material gesprochen habe, das den preussischen Wehrbehörden bei den Hausdurchsuchungen bei der SA in die Hände gefallen ist. Diese Behauptung wird als unzutreffend bezeichnet. General von Scheidter hat alle Anfragen, die an ihn wegen des erwähnten Materials gerichtet worden sind, sofort pflichtgemäß an den Oberreichsanwalt verwiesen.

Hitler Regierungsrat n. D.?

Berlin, 18. April.

Der „Montag“ verbreitet die Nachricht, daß Adolf Hitler wegen der Behauptung, er habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA sei unter französischem Druck erfolgt, durch Rechtsanwalt Quetgebrun gegen sich selbst Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt habe. Für die Dauer des Verfahrens habe Hitler Suspension von den Amtsgeschäften bei der braunschweigischen Regierung beantragt. Andererseits wird mitgeteilt, daß bereits am Dienstag bei der braunschweigischen Regierung ein Antrag Hitlers auf Entlassung aus dem Staatsdienst einlaufen werde, und daß mit Hitlers Ausscheiden Ende des Monats zu rechnen sei. Der braunschweigische Minister des Innern Tagges erklärte noch gestern auf Anfrage, daß ihm von einer solchen Absicht Hitlers nichts bekannt sei. Man wird mit dem Scheiden Hitlers von seinem Posten als Regierungsrat trotzdem in absehbarer Zeit rechnen müssen. Der zweif. zur Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, ist er jetzt. Hitler kann eine wirkliche Tätigkeit neben seinem Amt als Parteiführer nicht ausüben. Man kann ihn andererseits auch nicht dauernd beurlauben. Allerdings würde Hitlers schnelles Ausscheiden aus dem Staatsdienst der den bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei, gegebenen Zusage widersprechen, daß die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat nicht eine Scheinerernennung sein dürfe. Hitler soll gleichzeitig gegen den Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ Theodor Wolff und gegen den Schriftleiter Dr. Brechholz Strafantrag gestellt haben, da er niemals die oben erwähnte und vom „Berliner Tageblatt“ wiedergegebene Erklärung abgegeben habe.

Schweres Erdbeben in China.

Nanking, 18. April.

Wie sich erst jetzt durch ein Telegramm des Zivilkommissars der Provinz Hupeh herausstellt, ist am 16. April ein katastrophales Erdbeben im Nordosten von Hupeh ausgebrochen, das um 8 Uhr morgens begann und nicht weniger als 16 Stunden andauerte. Es hat nach dem knappen Bericht des Zivilkommissars etwa 70 t. d. h. Häuser der Stadt Ma-chang in Trümmer gelegt und viele Menschenleben gefordert. Die Straßen, so heißt es in dem Telegramm, das an das Ministerium des Innern gerichtet ist, lagen voll von menschlichen und tierischen Leichen. Viele Tausende in Hupeh seien obdachlos, eine Hungersnot drohe, und Hilfe sei dringend nötig. Auch der Bürgermeister von Ma-chang hat an die Regierung ein ähnliches Hilfesuch geschrieben.

Kurzer Erdstoß in Chile.

Santiago de Chile, 18. April. Am Montag wurde Santiago von einem kurzen Erdbeben heimgesucht, das jedoch keinen größeren Schaden anrichtete. Es wurde ein kurzer, aber sehr harter Erdstoß verspürt.

Eine Katastrophe im Rapsischen Meer.

Moskau (über Rom), 18. April. Die Erdbebenkatastrophe bei der Insel Svinei im Rapsischen Meer hat nach dem Bericht eines Untersuchungsausschusses große Schäden angerichtet. Häuser und Leuchttürme wurden völlig zerstört. Acht Männer, eine Frau und drei Kinder sind ums Leben gekommen.

Der Vizepräsident am Kongress spricht am Montag zur Landtagssession.

Aus Don

Merkmal.

Am nächsten wie bisher von morgens 8 bis 12 Uhr. Die Wifflichkeit geblieben. Die Wahlberechtigten den ist, ist bei der Wer sie nicht mehr dann aber eine zweite Benachrichtigung nur wer in ist, kann wählt. Wahlberechtigt, oder als neu 3 nachrichtigungsst den Antrag für Wahlstimm in der tragbarer gehörig nach Ablauf von (3. 4. 1932) zu nur auf Grund der ihnen auf An bisheriger Wohn während der Aus tragen waren. Am Samstag (April) werden fei sonst eine einwan ten nicht gewährle

Krieg de

Unterstützt die 2

Ob auch Arbeit

bestimmen, immer seinen Tribut, im manchem Hause nicht der deutschen Spand niedriger, Qual un Wort Trütern vernünftige Ergehen, und das Laster we der furchtbare Brud sehen erdrückend un Generation.

Anfolge der Ge stumpf gegen die liegt, ja womöglich darin etwas Mämiß er groß ist und auf mand dem Trunt de zu befreien. Und doch gibt es dem boshafsten Feind bieten. Zum Kampf bereiten ruft der Mamen ins Feld. I bisher Unterlegen vom Kreuzbund im „Beratungsinstit tigkeit, die wie seit E Erfahrung und M Menting verwal seit einigen Tagen in Kreuzbundmale hat poltreiche Familien geraubezu unen Familien hat sie scho bracht, wie vielen Rindem würdigen!

Sage niemand: wenn es wirklich nur der Vater nicht tran groordenen Bedenklich nicht eine Periode v für manche Trütern nicht auch kurze Zeit die sonst so bunte W und der rüchfällige W wußte, daß er doch leicht — und selbst noch retten und befrei Jedes gute Wert befehen zu können. hand in diesen Tag die Beratungswä. W legen. Wohl wird d Kapitel antreffen — worden — doch:

„Wenn ein Kame die Eingeln im

Bochster J

8. Bocht, 19. münze in Tiebings über den wir be machen“. Jedenfalls vorgelegt, die in die in der Rosthaushaus und Hindenburgstrah um eine alte Bo ein 21 Heller-Stück, und auf dem die s erkennen ist. Sie b

Groener.

Berlin, 18. April.

ung des Schreibens des
burg an den Reichs-
Artikel des Mini-
erklärt, daß der Kr-
och ehe Minister
spräsident den
e. Auf die Frage, ob
einstanden habe, die Ver-
einer Antwort auf
aufgefaßt worden sei,
s enthalte eine Reihe
begünstig der Beurtei-
überhaupt, deren Her-
meiner Bedeutung ge-
Groener-Artikels im
der Prüfung des von
Materials sei v. d. l.
die Ansicht des Mini-
weitere andere Organi-
einen Staat im
einstellungsbahn
werden müßten wie

n der Behandlung der
vermerkt, daß auf der
enen Ränderkonferenz
in der Ränderkonferenz
Organisationen habe
Organisationspräsident Ent-
sotvorordnungen immer
aber hätte die
erzungen (Schrist-
lösung der G. A.
t. Was das vom
nenminister geleitete
schonminister am
n, der andere Teil erst
würde beschleunigt
wieweit die Weiter-
nändern falle.

nahme auf das Schrei-
behaupt wird, der
ot des Reichs-
ach Auffassung der
ministeriums völli-
aren Wortlaut
tt ist behauptet wor-
im Reichswahlmini-
lemer, mit dem
mann R. d. h. m.
An-der das Material
ge-berhöhen bei
die Hände gefallen ist.
n treffen bezeich-
n. Anfragen, die an
gerichtet worden
den Oberreichs-

Srat n. D.?

Berlin, 18. April.

nachricht, daß d. d. f.
r habe vor der aus-
der G. A. sei unter
h Reichsanwalt Quet-
auf Einleitung
ens gestellt habe.
die Hiltz Sulpiz-
schaften bei der
ntragt. Anderer-
am Dienstag bei der
trag Hiltz auf Ent-
würde, und daß
des Monats
eigliche Minister des
tern auf Anfrage, daß
es nichts bekannt sei.
von seinem Vollen-
charakter Zeit rechnen
ur für die Reichsprä-
sangsbrigkeit zu er-
eine wirkliche Tätig-
über nicht ausüben.
d. d. dauernd beurlaub-
aus dem Reichs-
gegebenen Zusage
Hiltz zum Regie-
e nung sein dürfe.
einfreistellung des
fanta g gestellt
fante und vom
einfreistellung abgegeben

in China.

ankung, 18. April.

ogramm des Ziell-
herausgestellt, ist
im Nordosten von
morgens begann und
h. Es hat nach
minimals etwa 70
bt. Nach dem in
einfreistellung
o heißt es in dem
aus dem Innern ge-
enflischen und
ende in Supeh seien
nd Hilfe bei bringen
Nachdem hat an die
griegt.

Chile.

Am Montag wurde
den heimgekehrt,
haben antriet.
Pariser Erdbe-
den Meere.

April. Die Erdbeben-
Kapitän Meer hat
ausgesandtes große
euchstürme wurden
eine Frau und
kommen.

Der Vizepräsident des Preussischen Landtages,
Abg. Baumhoff, Hagen
spricht am kommenden Freitag, abends 8,15 Uhr,
im Paulushelm
zur Landtagswahl.
Man halte sich den Abend frei!

Aus der Heimat.
Don 8 bis 5 Uhr.

Merkt: die veränderte Wahlzeit!
Am nächsten Sonntag, dem 24. April, wird nicht wie bisher von morgens 9 bis abends 6, sondern von morgens 8 bis nachmittags 5 Uhr gewählt.
Die Abstimmungsräume sind unverändert geblieben. Die graue Benachrichtigungskarte, die jedem Wahlberechtigten für die letzten Wahlen zugestellt worden ist, ist bei der Stimmabgabe wieder mitzubringen. Wer sie nicht mehr hat, kann trotzdem wählen, es muß dann aber einen anderen Ausweis vorzeigen. Eine zweite Benachrichtigungskarte wird nicht ausgestellt. Nur wer in der Stimmliste eingetragen ist, kann wählen.
Wahlberechtigte, die für eine Reise am Wahltag, oder als neu Zugezogene Wahlchein (nicht Benachrichtigungskarte) benötigen, müssen die Anträge im Verwaltungsgebäude (Zimmer 17) stellen, unter Vorlage der Benachrichtigungskarte und zwar möglichst sofort, weil der Anfang kurz vor der Wahl erfahrungsgemäß sehr groß ist. Über die Berechtigung, den Antrag für einen Dritten zu stellen und den Wahlchein in Empfang zu nehmen, muß sich der Antragsteller gehörig ausweisen. Wahlberechtigte, die erst nach Ablauf der Ausweisfrist der Stimmlisten (3. 4. 1932) zugezogen sind, können in Bocholt nur auf Grund eines Wahlcheines wählen, der ihnen auf Antrag von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Wohnorts zu erteilen ist, wenn sie dort während der Ausweisfrist in der Stimmliste eingetragen waren.
Am Samstag (23. April) und Sonntag (24. April) werden keine Wahlcheine mehr ausgestellt, weil sonst eine einwandfreie Durchführung der Wahlarbeiten nicht gewährleistet ist.

Krieg dem König Alkohol!

Unterstützt die Beratungsstelle für Alkoholtränke.
Bocholt, 19. April.

Ob auch Arbeitsmangel und Abzüge das Einkommen beschneiden, immer noch fordert der boshafte König Alkohol seinen Tribut, immer noch will die Schnapsflut aus manchem Hause nicht verschwinden. Gibt es ein Wort in der deutschen Sprache, das eine größere Menge Leids, Erniedrigung, Qual und Verzweiflung ausdrückt als das Wort Trinkerelend? Eine getrunken Ehe, eine vernichtete Erziehung, eine vergiftete Kindheit, Streit, Hunger und das Fieber wachen im Schatten dieses Vorkes, und der furchtbare Stuch eines Trinkerlebens liegt sich nicht selten erdrückend und vernichtend auf die heranwachsende Generation.
Infolge der Gewöhnung werden die Kinder abge-
stumpft gegen die Entbehrung, die in der Trunkenheit liegt, ja womöglich steht der heranwachsende Junge sogar darin etwas Märrisches und wartet nur die Zeit ab, daß er groß ist und auch in dieser Weise feiern kann. Ist jemand dem Trunk verfallen, so ist es sehr schwer, ihn davon zu befreien.
Und doch gibt es der mutigen Herzen noch genug, die dem boshafte Feinde der Menschheit die furchtlose Stirn bieten. Zum Kampfe und zur Unterstützung der Kampf-
bereiten ruft der Kreuzbund immer wieder seine Männen ins Feld. Um aber auch den Schwachen und den blüher Unterlegenen zu Hilfe kommen zu können, hat man vom Kreuzbund im Verein mit dem Caritasverband eine „Beratungsstelle für Alkoholtränke“ eingerichtet, die wie seit Jahren so auch jetzt noch von der mit Erfahrung und Wohlwollen ausgestatteten Frauen-
Menting verwaltet wird. Die gute Einrichtung, die seit einigen Tagen ihr Domizil neben dem eigentlichen Kreuzbundsaale hat und schon ungemein viel Schicksal über zahlreiche Familien verbreitet hat, ist für Bocholt geradezu unentbehrlich geworden. Wie vielen Familien hat sie schon wieder geordnete Verhältnisse gebracht, wie vielen Frauen den Lebensmut wieder gegeben, wie vielen Kindern den Vater aus seinem Trinkerleben zurückgerufen!

Sage niemand: „Es war nur für einige Zeit“. Und wenn es wirklich nur 2 oder 3 Jahre gewesen sind, da der Vater nicht trinkt, da die Mutter und die Kinder in geordneten Verhältnissen leben dürfen, ist dem diese Zeit nicht eine Periode des Glückes für sie gewesen? Wird für manche Trinkerelinder einst die Erinnerung an jene, wenn auch kurze Zeit, da der Vater enthalten lobte, nicht die sonst so düstere Welt ihrer Kindheit heller machen? — Und der rückfällige Trinker selbst? — Wird ihm das Bewußtsein, daß er doch einmal stark sein konnte, nicht viel leicht — und selbst noch wiederholten Rückfällen — doch noch retten und befreien?
Jedes gute Wort aber bedarf der Unterstützung, um bestehen zu können. Darum schickt der Caritasverband in diesen Tagen seine Bäche rund zur Hilfe für die Beratungsstelle. Wollte doch jeder ein Scherlein hineinlegen. Wohl wird der Sammler wenig Ueberfluß und Kapital antreffen — denn das deutsche Volk ist arm geworden — doch:

„Wenn ein Armer einen Armen gibt, dann freuen sich die Engel im Himmel.“

Bocholter Notgeld vor 170 Jahren.

Bocholt, 19. April. Der Fund einer Scheide-
münze in Liebings Garten an der Schwannstraße,
über den wir berichtet haben, scheint „Schule zu
machen“. Jedenfalls wurde uns gestern eine Münze
vorgelegt, die in diesen Tagen in Soland's Garten
in der Kottbusstraße (zwischen Kaiser-Wilhelm-Strasse
und Hindenburgstraße) gefunden wurde. Es handelt sich
um eine alte Bocholter Münze und zwar um
ein 21 Heller-Stück, das aus dem Jahre 1762 stammt
und auf dem der Bocholter Stadtwappen deutlich zu
erkennen ist. Sie besteht aus Kupfer und stellt, wie

Unterstützt das „Kinderwohl“!
Zwei interessante Filmvorführungen.

Bocholt, 19. April.

Die Bocholter „Kinderwohl“-Gruppen hatten am Son-
tag zu einer Filmvorführung im „Capitol“ eingeladen, die
außerordentlich stark besucht war. Der erste Film
„Jungensklager im Wiperal“
zeigte das bunte Leben im Zeltlager, den Abschied von der
Heimat, den Aufbau und die Einrichtung der Zelte, das
Lagerleben vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit
seinen vielen kleinen und großen Abwechslungen. Man
konnte beobachten, wie die Zuschauer und besonders die
Kinder dabei waren, wie oft brausendes Lachen durch den
weißen Saal hallte, wenn z. B. die Jungen sich im Stroh-
beigen, wenn einer ganz unversehrt ins Wasser fiel, oder
wenn des Morgens beim Aufstehen der Früh dem Franz
mit einem Strohhalm unter der Nase hingelassen und dieser
ob der unerwarteten Störung erschrocken aufsprang. Und als
dann gar alle die Streiche im Lager vorgeführt wurden,
wollte der Jubel der Kinder schier kein Ende nehmen;
den Erwachsenen merkte man es an, daß auch sie mit
ganzer Seele dem frohen Spiel der Kinder in dem Zelt-
lager folgten und imigen Anteil nahmen an der Freude
der Kinder, die um sie herumtanzten.
Es folgte dann der Film
„Das Ferienkinderfest“.
ein Bericht von Kaplan Deuster (Dortmund). Man sah,
wie Kinder aus den Großstädten in alle möglichen Gegen-
den verschickt werden, um sich zu erholen, um einmal frische
Luft zu atmen. Neben den im ersten Film behandelten
Zeltlagern werden besonders Kitzler für Kindererholung
in Anspruch genommen. Doch auch der Wald bietet sich
daran. Wir erinnern hierbei unsere Leser an Raesfeld
und Ringenberg. Jedes Jahr steigt die Zahl der
Kinder, die auf diese Weise aus den engen Straßen der
Stadt aufs Land gebracht werden; waren es im Jahre
1929 erst 150 Kinder, so waren es 1931 bereits 3000. Doch
ist das erst ein kleiner Teil der Jungen und Mädchen,
denen geholfen werden muß. So schloß denn auch der
Film mit einem Ruf an alle, denen die Jugend die
Zukunft unseres Volkes bedeutet, sich nicht ausschließen
von diesem Wert, sondern zu helfen und es zu fördern.
Wie die Veranstaltung von den Kindern mit dem Be-
dauern „Wir trafen in die Welt“ und „Wir wollen zu Lande“

ausfahren“ eingeleitet wurde, füllten auch Kinder der
Kindergruppen die kurzen Pausen aus.
Kaplan Rohaus begrüßte in einleitenden Worten
die zahlreich erschienenen und bedankte sich für die Frage
Was wollen wir in den Ferienlagern?
Zunächst soll den Stadtkindern Raum gegeben werden
zum freien Spiel. Straßen und Plätze der Stadt sind
nicht der Raum, wo junge Menschen leben und spielen
sollen. Das hat die Jugendbewegung, der Wandervogel,
erkannt; und darum ist er in die Natur hinaus gezogen.
Doch kann auf diesen Wanderungen immer nur ein kleines
Stück Natur erkannt werden; darum muß das Jugend-
lager hinzugekommen werden. Man muß einmal gesehen
haben, wie sich die Jugend in diesen Lagern wohlfühlt.
Ich erinnere hier an unsere Gruppen im letzten Sommer
in Raesfeld.
Dann soll aber auch die Gemeinschaft gepflegt
werden. Die einzelnen Gruppen sollen mit ihrem Führer
zusammen eine Familiengemeinschaft bilden, die sich in die
große Lagergemeinschaft einordnet. Das Schöne in un-
seren latholischen Kinderlagern ist, daß hier nicht nur eine
Klasse, ein Stand vertreten ist, sondern Kinder aus allen
Kreisen der Bevölkerung, so ein Vorbild für eine große
Volksgemeinschaft bilden.
Die Kinder sollen in unseren Lagern mit der Kirche,
in der Kirche leben, ganz natürlich und einfach. Darum
steht zu Anfang eines jeden Lagers das Lagerkreuz oder
die Christusfahne, darum zieht an jedem Morgen die kleine
Schar zum hl. Mesopfer zur Lagerkapelle oder zum Kirch-
lein des nahen Dorfes. Und wer das alles sieht und mit-
erlebt hat, der wird erfreut sein über das latholische Leben
in unseren Lagern.
Zum Schluß dankte Kaplan Rohaus allen Führern,
die sich in selbstloser Weise in den Dienst der guten Sache
gestellt haben, dankte allen, die es durch ihre Spenden
bisher ermöglichten, auch einer Anzahl Bocholter Kinder
Ferienaufenthalte zu vermitteln. Er bat, daß doch keiner
in seinem Eifer erlahmen möge, da die heutige Zeit un-
gleich schwerere Opfer bedinge. Er richtete den eindring-
lichen Ruf an alle, durch ihre Spenden und ihre Mitarbeit
das Werk weiter auszubauen.

Patronsfest des Arbeitervereins St. Josef.

Bocholt, 18. April.

In unserer Diözese wurde am vergangenen Sonntag
das Fest des hl. Josef, des Schutzheiligen der kath. Kirche,
gefeiert. Was lag da näher, als daß auch der Arbeiter-
verein St. Josef dieses Fest seines Patrons in be-
sonders würdiger Weise begeht. Eingeleitet wurde die
Feier mit einer Generalversammlung am Morgen in der
St. Josefkirche, an der die Mitglieder sich recht zahlreich
beteiligten. Aber auch die Nachmittagsandacht hatte einen
sehr guten Besuch aufzuweisen. In seiner Festpredigt
helt der Pfarrer des Vereins, Kaplan Banfing, den
Jüngsten den hl. Josef als Vorbild des Glaubens, des
Staatmutes, der Treue und der Keuschheit hin, dessen
Tugenden man gerade in heutiger Zeit nachzudenken be-
strebt sein müsse.
Nach der Andacht versammelten sich die Mitglieder mit
ihren Angehörigen im großen Saale des Vereinshauses zur
Festversammlung.

Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach-
dem der Gesangchor das „Deutsche Lied“ in würdevoller
Weise vorgetragen hatte, begrüßte Bischofpräses Gerhard
Ebbing die zahlreich erschienenen, besonders den Fest-
redner, Pfarrer Wigger (Gemen), den Abg. Jolob
sowie den Werktjugenführer Variete aus Rhebe. Er
dankte allen Mitgliedern für die überaus zahlreiche Be-
teiligung an der kirchlichen Feier, besonders aber bei der
Generalversammlung.

Hierauf nahm Pfarrer Wigger das Wort zur Fest-
rede. Recht gern sei er der Einladung des Vereins ge-
folgt, treffe er doch wieder alle liebe Bekannte. Er wolle
sich auch heute wieder Worte der Aufmunterung und
des Trostes sagen, wie er schon des öfteren hierzu Ge-
legenheit gehabt habe. Sodann feierte er den hl. Josef als
den Schutzpatron der kath. Kirche. Im stillen Hause zu
Nazareth, so gewissenshaft die erste Kirche befanden,
habe Christus 30 Jahre lang gewirkt als Hirte, als Lehrer
und Priester. Man müsse Christus nachahmen nicht bloß
in der heutigen Zeit, wo von allen Seiten dem Christen-
tum Gefahren drohen. Auch bei der am nächsten Sonntag
findenden Wahl solle man sich nach jenen Kandidaten die
Stimme geben, die willens sind, für das von unsrer
Väter ererbte Gut, für unsere kath. Glauben mit
Mannesmut einzutreten, und unsere Rechte zu verteidigen
wollen. Fragen von einschneidender Bedeutung wie Tren-
nung von Kirche und Staat, Auflösung des Röntorates
sowie auch die religiöse Erziehung unserer Kinder stünden
auf dem Spiele, wenn nicht jeder Kath. Wähler seine

treuen Lebensgefährten. Seit dieser Zeit hat ihr
Gesundheitszustand merklich nachgelassen. Zum heuti-
gen Tage auch unsere herzlichsten Glückwünsche.
go. Kostlose Filmvorführungen. Zu Filmvorfüh-
rungen in Rhebe und Rhebe läßt im Ansehung dieser
Ausgabe Herr P. Herold von der Firma Hentel u. Co.
(Düsseldorf) ein. Das reichhaltige Programm beginnt mit
einem reizenden Reklamfilm, der die Besucher im Rahmen
schönen Seubententrends von Mainz bis Düsseldorf an
allen herrlichsten des deutschen Stromes vorbeiführt.
Im Hauptfilm erhalten die Besucher Einblick in das Schaf-
ten und Wirken der rheinischen Großindustrie. Der Film
zeigt vorzügliche Bilder aus dem bekannten Jententent
in Düsseldorf und in der Hauptsache die Herstellung und
Anwendung des überall bewährten Bocholter „Perfil“.
Ergänzt werden die Darbietungen durch musikalische Aus-
führungen, die eingehend den Bocholter und die übrigen
Anwendungsmöglichkeiten von Perfil beleuchten. Zum Ab-
schluß folgen mehrere Scherzfilme und ein Lustspiel mit
Herrn Borken in einer Doppelrolle. Alle Einwohner, be-
sonders die Frauen, sind herzlich eingeladen. Der Ein-
tritt ist frei.

Kreaching

go. Der Wärgschützenverein beschloß am vergange-
nen Sonntag, sein diesjähriges Schützenfest am Son-
tag, dem 12. und Montag, dem 13. Juni, zu feiern.

Krommer

go. Der Schützenverein „Rengels“ beschloß sein
diesjähriges Schützenfest am Dienstag, dem 17. und
Mittwoch, dem 18. Mai, am Hofe Heinrich Te.
Lampe zu feiern. Somit haben alle 5 Schützenvereine
die in den 5 Landgemeinden des Amtes Rhebe bestehen,
sich für das Feiern entschlossen. In Anbetracht dieser
Zeiterhältnisse will man jedoch bei allen Schützen-
vereinen in vereinfachter Weise feiern und unnötigen
Aufwand vermeiden.

Rhebe

go. Hohes Alter. Heute (Dienstag) vollendet Frau
Witwe Christine Beck 80. Lebensjahr. Am 9.
Januar dieses Jahres konnte die Jubilarin mit ihrem
Gemahl das 55jährige Ehejubiläum begehen. Einen Monat
später entließ der Tod ihr den

Dingden

1. Der Junggefallen-Schützenverein hielt am Sonntag
vormittag in der Schützenhalle des Ehrenmitgliedens W.
Jüngstmann eine außerordentliche Mitgliederversammlung
ab, die einen regen Besuch aufzuweisen hatte. Nach Er-
öffnung durch den Vorsitzenden, Major W. J. Mann,
wurden die Niederschriften der Mitglieds- und Vorstand-
versammlung bekannt gegeben und genehmigt. Nach einer
regem Aussprache sah man den fast einstimmigen Be-
schluß, auch in diesem Jahre das Schützenfest zur Pfingst-
zeit in althergebrachter Weise zu feiern. Der Mitglieds-
beitrag wurde auf 2 M. ermäßigt; jedes Mitglied kann
eine Dame wie üblich frei einführen. Damit wie im Vor-
jahre eine reifliche Beteiligung an den öffentlichen Umzügen
statfindet, wurde beschlossen, vor dem Eröffnungsguge des
Festes eine Kontrolle an Hand der vorhandenen Mitglieds-
liste vorzunehmen; jedes Mitglied, das sich nicht an der
genommen; Zahlungsverweigerung hat den Ausschluss aus
dem Verein zur Folge. Die Mitglieder haben ferner ihren
Beitrag vor dem Feste beim Schriftführer Terörde zu
entrichten. Die Ehrenmitgliedenschaften sollen noch weiter
ausgehend werden. Das Abholen der Jung verheirateten
Mitglieder des letzten Vereinsjahres soll auf den 1. Freitag
verlegt werden. Die weitere Festordnung steht dem Vor-
stande überlassen.

1. Verheirathung. Am Eingang unseres Dorfes er-
eignete sich auf der Bocholter Chaussee gestern morgen ein
Verkehrsunfall. Der Kraftwagen einer Bocholter Firma,
der an der Landstraße den Bremsstoff erneuerte, fuhr beim
Abfahren einem hiesigen Radfahrer, der aus einer Seiten-
straße kam, in die Flanke. Das Fahrrad wurde stark be-
schädigt. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Stenern

8 Eine gesunde Familie. Zu der gestrigen Notiz
„Im Silberkranz“ wird uns mitgeteilt, daß der Jubilar
B. n. n. der Jüngste von neun noch lebenden Ge-
schwistern ist, deren Alter sich zwischen 60 und 80 Jahren
bewegt und die zusammen ein Alter von 540 Jahren
haben. Gewiß eine Seitenzahl und vor allem ein Be-
weis dafür, daß in der Familie des Jubilars ein recht
gesunder Kern steht.

Barlo

8 Der älteste Einwohner unserer Gemeinde, Herr
Hermann Eßling, wird heute 84 Jahre alt. Er ist
noch verhältnismäßig rüstig. Möge ihm ein ruhiger
Lebensabend beschieden sein.

Dom Niederrhein.

Jffellburg

1. Fahrradabsturz. Ein Fahrrad, das ein Ange-
stellter der Volkerei vor einem Geschäftsaufgange in der
Minerstraße untergestellt hatte, wurde gestohlen.

Millingen

1. Im Dienst verunglückt. Auf dem Bahnhof in Emme-
rich rutschte der Rangiermeister Heinrich Kronenberg
von hier beim Rangieren aus und kam unter die Räder.
So daß ihm ein Fuß abgequetscht wurde. Der Verunglückte
sah Aufnahme im Krankenhaus, wo ihm der Unterarm ab-
genommen werden mußte.

Ringenberg

1. Aufklärungs- und Schulungsabend. Der Arbeiter-
verein und die Ortsgruppenleitung der Zentrumspartei
hielten am Sonntag einen Aufklärungs- und Schulungs-
abend ab. Vorstand Eßling eröffnete als Präsident des
Arbeitervereins die Versammlung. Er freute sich über den
guten Gehörten der hiesigen Zentrumslernung, eine kom-
binierte Zusammenkunft anzubahnen. Durch unermüd-
liche, zähe Kleinarbeit könne sehr viel Aufklärung geschaf-
fen werden. Dann nahm Bezirkssekretär Krenenberg
das Wort zu seinen Ausführungen. In eingehender Worten
erörerte er die Zentrumssache der letzten Jahre wie auch
die Folgen radikaler Regierungen. Zum Schluß
gab er die Versicherung, das Zentrum werde den ihm auf-
gezwungenen Kampf zu Ende führen. Er richtete an die
Anwesenden den Appell, am 24. April Zentrum zu
wählen, die Partei für Arbeit, Freiheit und Recht.
Dann stellte Lehrer Samet fache und verdrehte Be-
hauptungen der Nationalsozialisten gegen das Zentrum
richtig. An Hand reichhaltiger Schriften schälte er
Bogensätze der Versprechungen und Forderungen Hitlers
heraus. Ganz besonders hob er den Satz aus Hitlers Buch
„Mein Kampf“ hervor, man müsse seine Propaganda auf
die dümmste Schicht des Volkstums einwirken, den man
gewinnen wolle. Hitler würde sich aber im politisch ge-
schulten Wahlkreis des Zentrums, der seine ersten ge-
führungen bereits aus der Zeit des Kulturkampfes schöpfe,
verrechnen. Den religiösen Standpunkt erklärte Pfarrer
Rettor Eßling, der darauf hinwies, daß nach Hi-
lers heutigem Programm die Freiheit der
kath. Kirche nicht gesichert sei. Er erinnerte auch
an die Warnung der Bischöfe vor der N. S. D. A. P. Dann
wurde die Versammlung geschlossen.

2. Verheirathung. Am Freitagabend fuhr an der
Kurve bei Buchmann ein Personentransportwagen mit einem
Postwagen zusammen. Infolge des langsamen Tempos der
Postwagen war der Sachschaden gering. Ein Unfall erst
einige leichte Verletzungen im Gesicht, während der andere
mit dem Schrecken davonkam.

Hamminkeln

1. Reiterversammlung. Im Lokale Neu hatten der
Vorstand und die aktiven Reiter vom Reits- und Fahr-
verein „Lübom“ eine Versammlung. Die Vorstandsmit-
glied Pollmann eröffnete, da der Vorsitzende Graf
von Mettenberg erkrankt war. Nach der Begrüßung
gedachte er des verstorbenen Hugo Pieper, der iteu zum
Reisport gestanden, sowie des verstorbenen Vorstands-
mitglieds Tennagels. Zu Ehren dieser erhoben sich
die Anwesenden von den Plätzen. Der Jahresbericht
des Reitervereins Hamminkeln wurde bis zur General-
versammlung zurückgestellt. Verschieden wurden die Be-
schlüsse des Provinzialverbandes in Rhefeld und die
damit verbundenen Bestimmungen über Reitausweise,
Mitgliedsarten und Versicherung bekanntgegeben.
Begrüßt wurde die Regelung der Preisrichterfrage.
Das diesjährige Turnier wird in Hamminkeln statt-
finden, wahrscheinlich am 26. Juni. Mitgeteilt wurde
ferner, daß die neue Reithahn ein schönes Aussehen
bekommen habe, und der Vorstands betonte die Bereit-
willigkeit des Vereinsvorsitzenden Reu zur Herabgabe des
Platzes. Bedingung sei nun aber auch eine recht
fleißige Benutzung des Platzes. Auch der theoretische
Unterricht, den Dr. Wagener erteilt, müsse seitens
der Reiter besser besucht werden.

Geschäftlich für den Juni. Herr Reiter Oberstleutnant Dr. Weier,
der Reiterverein „Lübom“ hat beschlossen, den 1. Juni, den
Jahrestag des Grafen von Mettenberg, als Reiterfest zu feiern.
Der Vorstand hat beschlossen, den 1. Juni, den Jahrestag des
Grafen von Mettenberg, als Reiterfest zu feiern. Der Vorstand
hat beschlossen, den 1. Juni, den Jahrestag des Grafen von
Mettenberg, als Reiterfest zu feiern. Der Vorstand hat be-
schlossen, den 1. Juni, den Jahrestag des Grafen von Mettenberg,
als Reiterfest zu feiern. Der Vorstand hat beschlossen, den 1. Juni,
den Jahrestag des Grafen von Mettenberg, als Reiterfest zu feiern.
Der Vorstand hat beschlossen, den 1. Juni, den Jahrestag des
Grafen von Mettenberg, als Reiterfest zu feiern. Der Vorstand
hat beschlossen, den 1. Juni, den Jahrestag des Grafen von Mettenberg,
als Reiterfest zu feiern. Der Vorstand hat beschlossen, den 1. Juni,
den Jahrestag des Grafen von Mettenberg, als Reiterfest zu feiern.

Ihre vorläufige

Amtsversammlung in Rhede.

1. Rhede, 18. April.
Am Montagmorgen fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dörner eine Sitzung der Amtsversammlung des Amtes Rhede statt. Zunächst stand die Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932 zur Beratung. Der Vorsitzende verlas die Titel im einzelnen; es sind vorgelegt in

Festsetzung des Haushaltsplanes				
für das Rechnungsjahr 1932 zur Beratung. Der Vor-				
sitzende verlas die Titel im einzelnen; es sind vorgelesen in				
	Einnahme		Ausgabe	
	1932	1931	1932	1931
	M	M	M	M
Allgem. Verwaltung	50 270	58 586	21 482	24 655
Polizeiverwaltung	4 820	4 870	12 780	14 095
Bauverwaltung	4 720	5 930	5 300	11 380
Fürsorgeverwaltung	—	—	9 700	7 800
Finanzverwaltung	2 440	2 864	12 988	18 880
Durchf. d. Posten	800	—	800	—
	62 550	71 700	62 550	71 700

Die Leistungen der Gemeinden an das Amt Rhede zur Deckung des Amtsbedarfs sind folgende: Rhede 25 249 M., Althede 4566 M., Bilingern 3110 M., Krommert 5714 M., Kreyding 1800 M., Badingholt 7961 M., insgesamt 48 600 M. (im Vorjahre 55 800 M.).

Die Ausgaben des Amtes sind insgesamt mit 31 900 M. eingelegt. Diese bestehen aus laufenden Gehaltsleistungen, Betreuung der Hülfslosen im Armenheim, Krankenhäuser, Naturalbezüge, Mieten, Kleidung, Mobiliaren, Arztbesuchen, Rinderpocken und Viehräudekosten. Um verschiedene übertriebenen Gehaltsleistungen entgegenzusetzen, verlas der Vorsitzende die Gehaltsbezüge aller Beamten und Angestellten des Amtes. Einwendungen gegen diese Bezüge wurden nicht gemacht; die Lohnsteuereinsparung des Amtes wurde von 600 auf 200 M. herabgesetzt. Des weiteren erwähnte der Vorsitzende, daß alles Personal durch die viel-

seitigen Aufgaben, die der heutige Verwaltungsdienst erfordert, voll und ganz beschäftigt sei; dieses könne auch zum Ausdruck in einem Gutachten des Regierungspräsidenten, wonach

Rhede auf Grund der Einwohnerzahl wenig Amtspersonal habe. Da infolge Rücksichtnahme der Bauverwaltung sich die Ausgaben des Amtes vermindern haben, soll dieser den Bebauungsplan fertigstellen. Die Amtsversammlung beschloß, beim Kreisrat zu beantragen, daß die jährliche Beihilfe von 800 M. für die Anschaffung der Motorfahrzeuge auch für das kommende Rechnungsjahr vom Kreisrat bewilligt werden möge. Dem Turnverein Rhede wurde für die Anlage des neuen Sportplatzes 75 M. bewilligt. Aus der Amtsversammlung wird angefragt, ob auch im Amtsbezirk schon Eingaben von Jagdpächtern eingegangen seien, die Jagdpächter zu jenen. Wenn diese vom Jagdpächteramt beim Landgericht in Münster gefordert würden, dann sei es ungerecht, wenn nicht auch gleichzeitig die Jagdpächter in demselben Umfang gefordert würden. Der Gemeindevorsteher von Althede machte Mitteilung, daß für Althede schon ein Antrag auf Jagdpächteramt eingegangen sei.

Sobald wurde über die Einstellung einer Kraft für die Ausführung der Polizeibehörden beantragt. Polizeihauptmann Meier hatte in Anbetracht seines Herzleidens und wegen sonstiger Anwartschaften (für 7185 Einwohner nur ein Polizeibeamter, in Städten ist auf je 1000 Einwohner ein Polizeibeamter) gebeten, ihn von der Ausführung der Polizeibehörden zu befreien. Gewährt wurde daraufhin Wilhelm Wessels (Dachstraße), der von 18 Stimmen 12 Stimmen erhielt. Mit einem Dank an die Amtsversammlung schloß darauf der Vorsitzende die Sitzung.

Zentrumsversammlungen.

In Dingden.

1. Dingden, 18. April.

Am Sonntag hielt die Zentrumspartei von Dingden und Umgebung eine recht gut besuchte Versammlung im Metelingschen Saale ab. Das Thema des Redners, Dr. Schumacher aus Bortrop, lautete: „Die Zentrumspartei der letzten Jahre“. Der Redner führte ungefähr aus: Die Wahlen der letzten Zeit standen stark unter dem Einfluß einer ganz ungeheuerlichen Agitation seitens der radikalen Parteien. Die Reichspräsidentenwahl schied die Wähler in drei große Gruppen, die alles daran setzten, um die Politik von dieser hohen Stelle aus beeinflussen zu können. Daß man bei diesem Kampfe auch Parteien zusammengehe, ist eine Tatsache, die von den Gegnern besonders der Zentrumspartei wegen ihrer Koalition mit der sozialdemokratischen Partei vorgebracht wird. Dabei vergessen die Kritiker, daß gerade die sogenannten nationalen Parteien es waren, die der Zentrumspartei ihre Zusammengehörigkeit mit den Sozialisten geradezu aufzugenommen haben, da sie in entscheidenden Momenten für eine verantwortungsbewußte Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes nicht zu haben waren.

Dieser Vorwurf gilt besonders den Deutschnationalen, gegen die der Redner in ganz besonders ausführlicher Weise sich wandte. Die Arbeit dieser Partei besteht seit sehr langer Zeit in der Verneinung dessen, was die Regierungsparteien in mühsamer Arbeit aufzubauen haben. Er beschuldete ganz besonders die so oft gepriesene Katholikentreuhaftigkeit der Deutschnationalen. Das Verlangen dieser Partei bei der Abstimmung über das Kontrakt habe auf die bis dahin noch auf den Katholikenausschuß hoffenden Freunde im katholischen Lager wie eine Dusch gewirkt. Wo bleibe denn dieser Ausschluß zur Wahrung der katholischen Belange in der Partei angeht, der Tatsache, daß die Abstimmung ergab, daß alle „Katholiken“ bis auf einen Minderheiten gegen das Kontrakt stimmten, das wenigstens einmütigen die kirchlichen Verhältnisse in Preußen in moderne Bahnen gebracht habe. Der eine mitleidige Deutschnationale katholische Abgeordnete, der gegen den Kontrakt seine Stimme für das Kontrakt gab, sei aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Wer also die dringenden Forderungen der kath. Kirche begünstigt, der werde aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen. So steht das katholische Volk diese Partei! Man werfe dem Zentrum Futtersperrwirtschaft vor. Anzusehen habe man nur ein ganz geringes Gefühl für Toleranz, sonst könne doch ein ehrlich empfindender Mensch einen solchen Vorwurf dem Zentrum nicht machen. Das Bestreben des Zentrums gehe dahin, auch dem katholischen Volkteil bei der Verwaltung, Regierung usw. Raum zu geben. Die Regierung der Vorkriegszeit habe alles getan, um die Katholiken auszuschalten. Das Zentrum werde nicht eher ruhen, bis das die Rechte der Katholiken in jeder Weise gewahrt würden. Die augenblickliche Not unseres Vaterlandes zwingt jeden, allen Parteigegensatz beiseite zu lassen und in diesen Zeiten der Not nur einen Gedanken zu haben:

Die Rettung des Vaterlandes.
Doch wolle annehmend eine Partei die Not zum Sprungbrett ihres heißen Willens machen. Diese Partei nenne sich national und wähle einen Ausländer zum Präsidenten, sie griffe sich auf falsche Weise und betreibe eine solche maßlose Agitation, daß sie dem augenblicklichen Wahlkampf einen ganz besonders scharfen Charakter gebe. Sie habe ihren Kampf gegen das „Bongentum“ dadurch gewonnen, daß sie in eine „Bongentum“ gedrückt habe. Das deutsche Volk habe bisher bei der letzten Wahl die gebührende Antwort gegeben und bewiesen, daß es keine Katastrophepolitik wolle. Es gelte, die bewährten Bahnen des Zentrums beizubehalten und in diesem Sinne die Politik weiterzuführen. Darum forderte er die Anwesenden auf, dem Zentrum aufs neue die Treue zu bewahren und ihm am nächsten Sonntag wieder die Stimme zu geben.
Die Ausführungen des Redners waren einem Nationalsozialisten anheimelnd ein wenig auf die Nerven gefallen; denn kaum hatte Dr. Schumacher beendet, da erhob er mit geizigem Zorn zur Tribüne und verlangte das Wort zu nur einfindigen Ausführungen! Das ging dem Zentrumsmann, Herr Schumann, doch ein wenig über die Maßen und mit Entrüstung wies ein solches Anfeuern mit dem Bewerten zurück, daß in nationalsozialistischen Versammlungen ein solches Verhalten mit hohen Strafen zu belegen wäre. Er bewilligte dem Herrn 10 Minuten Zeit. Anschließend hatte der Redner beabsichtigt, aus dieser Versammlung eine Versammlung der R. G. D. N. B.

zu machen, was ihm jedoch durch die übliche Redezeit unmöglich gemacht wurde. Er kam nicht über den gewöhnlichen Anlauf hinaus, schimpfte auf die Stützen, lobte Hülfer wegen des Abganges seines Braumwagens, schloß ab und war sehr wütend, als seine 10 Minuten-Redezeit abgelaufen war. Dr. Schumacher widerlegte kurz die Ausführungen, die natürlich bei den Nationalsozialisten keinen Glauben fanden. Dann schloß Viktor Bohmann die Versammlung mit dem Dank für das zahlreiche Erscheinen.

In Suderwick.

— Suderwick, 18. April.

Die Zentrumspartei Suderwick hatte am Sonntag ihre Wähler aufgerufen zu einer Versammlung anlässlich der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl. Der Vorsitzende, Herr Heinrich Ehling, konnte eine stattliche Anzahl Zuhörer begrüßen. Landtagsabgeordneter Jakob (Bosch) behandelte in einem ausführlichen Referat die gegenwärtige politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Reichspräsidentenwahl. Nachdem der Redner zunächst die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands im Verhältnis zu anderen Staaten dargelegt und gezeigt hatte, wo die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Krise zu suchen sind und zwar nicht in dem „Nachkriegsproblem“, sondern in dem verlorenen Krieg und bei den dafür Verantwortlichen, behandelte er ausführlich die in der Nachkriegszeit gegebenen politischen Möglichkeiten. Daß trotz der bestehenden Schwierigkeiten Gewalttätiges gescheit wurde, ging aus den angeführten Beispielen und Zahlen mit aller Deutlichkeit hervor. So wurden z. B. seit 1924 für den Wohnungsbau 3 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, mit denen 822 500 Wohnungen errichtet wurden. Für die ländlichen Siedlungen wurden ebenfalls seit 1924 376 Millionen Mark bereitgestellt; allein im letzten Jahre wurden 8000 Siedlerstellen mit 82 000 ha. Land und 56 666 Landarbeiterstellen geschaffen. Ferner wurden für die wertvollste Arbeitslosgeldversicherung 700 Millionen Mark (davon Preußen 260 Millionen) und für die Landwirtschaft an Krediten und Zuschüssen seit 1924 von Preußen 1,1 Milliarden Mark und außerdem vom Reich 1,6 Milliarden Mark gegeben. Auch die Leistungen für den Kultus und Wohlfahrtsarbeit wurden eingehend dargelegt.

Ausführlich ging der Redner dann auf die Kulturpolitik in Preußen

ein und zeigte insbesondere, wie hilflos die Verdächtigungen und Vorwürfe von Rechts gegen das Zentrum über konfessionelle Schule, Freidenkerverbände, Kultusminister, Gottlosenbewegung, Koalition mit den Sozialdemokraten u. a. m. sind. Weil in all diesen Fragen die Rechte verlagert hat, war weder eine andere Koalition möglich, noch hat die Zentrumspartei in diesen Fragen Unterstützung gefunden. Die Einstellung der Reichsparteien zu kulturellen Fragen steht man deutlich an der Stellungnahme zum Eherecht, zum § 218 des Strafgesetzbuches, zum Kontrakt usw. In eingehenden Darlegungen über die Personalpolitik konnte der Redner überzeugend nachweisen, daß auch heute die Zurücksetzung des kath. Volksteils noch nicht beseitigt ist, daß insbesondere von Parteibeamteten keine Rede sein kann, da der Prozentsatz der verwaltungsmäßig nicht vorgebildeten Beamten nicht einmal 1% beträgt.

Zum Schluß betonte der Redner, daß es sich bei den Kampf der letzten Monate nicht um die Politik im Staat, sondern um den Staat selbst handelte. Daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewillt ist, diesen Staat kampflos politischen Experimenten auszuliefern, hat die Präsidentenwahl gezeigt. Daß dies auch nicht nach dem 24. April in Preußen, der letzten Chance für die Opposition, geschieht, darin liegt die Bedeutung dieser Wahl.

Nachdem der Vorsitzende an alle den Appell gerichtet hatte, am 24. April den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, fand die Versammlung ihr Ende.

In Iffelburg.

1. Im Saale Rhenus fand am Samstagabend eine Zentrumsparteiversammlung statt. Es mag wohl der ungünstigen Stunde und dem Theaterabend des Kriegereins zugesprochen sein, daß die Versammlung nicht so stark besucht war wie sonst. Reichstagsabg. Fahrenbach sprach in fast zwei Stunden Rede zur Lage; von der Wirtschaftskrise ausgehend und zeigend, wie es zur Weltwirtschaftskrise kommen mußte; von den Reparationen und der Abrüstungsfrage, die nicht getrennt gelöst werden können; von dem sogenannten „System“, das er in humorvoller Weise erläuterte, wobei die Nationalsozialisten scharfe Seitenhiebe abgaben, da sie weder national noch sozial und erst recht keine Arbeiterpartei seien. Weiter zeigte

Doll-, Marken- und Vorzugsmilch.

Wissenswerte Bestimmungen über das Reichsmilchgesetz.

Am 1. Januar 1932 ist das Reichsmilchgesetz in Kraft getreten, das für Landwirte, Milchhändler wie Verbraucher gleich wichtige Vorschriften enthält. Das Gesetz unterscheidet drei Arten von Milch, nämlich: Doll-, Marken- und Vorzugsmilch.

Vorzugsmilch ist die im allgemeinen in den Verkehr kommende Milch, die aus mehreren Betrieben kommt, die als 2,7 Prozent Fettgehalt bezeichnet werden. Die gewöhnliche Vorzugsmilch darf nicht in Flaschen abgefüllt werden.

Markenmilch ist eine hochwertige Milch. Sie darf nur in Flaschen dem Verbraucher zugeführt werden. Markenmilch, die aus mehreren Betrieben kommt, darf nur pasteurisiert an den Verbraucher gebracht werden. Rohmilch darf nur von einem Betriebe stammen. Die Inhaber von Markenmilchbetrieben bedürfen der besonderen Erlaubnis.

Vorzugsmilch ist Vollmilch, die den verschärften Anforderungen an Gewinnung wie Beschaffenheit des Stalles, Gesundheitszustand der Kühe, deren Überwachung, Fütterung usw. ihre Zusammenfassung und Beschaffenheit wie Fett- und Keimgehalt und Frische, sowie ihre Behandlung, Verpackung und Beförderung genügt. Sie muß mindestens 3 Prozent Fettgehalt haben, darf ebenfalls nur in Flaschen an den Verbraucher abgegeben werden. Sie darf nicht früher als am Tage vor dem Inverkehrbringen gewonnen sein. Zum Vertrieb von Vorzugsmilch ist die polizeiliche Genehmigung erforderlich.

Personen, die an

anfallenden Krankheiten, wie Typhus, Paratyphus, Ruhr und Tuberkulose leiden, dürfen weder bei der Gewinnung der Milch noch sonst im Verkehr mit Milch in einer Weise tätig sein, die die Gefahr mit sich bringt, daß Krankheitskeime übertragen werden. Auch dürfen hierbei Personen nicht tätig sein, die mit Geschwüren, eiternden Wunden oder Ausschlägen befallen sind, soweit hierdurch ein erheblicher Einbruch erreicht oder die Beschaffenheit der Milch nachteilig beeinflusst werden kann. Meist und sonstige Personen, die bei der Gewinnung oder bei der Behandlung von Marken- oder Vorzugsmilch tätig sind, sind mindestens einmal jährlich auf ihre Eignung zu untersuchen. Beim Melken haben die Melkpersonen saubere waschbare Oberkleidung zu tragen und vorher ihre Hände und Arme zu reinigen. Die Kühe selbst müssen sauber gehalten und regelmäßig geputzt werden. Milch von Kühen, die an bestimmten Krankheiten wie Lungen- oder Darmtuberkulose, Milchrind, Rinderseuche, Tollwut u. a. leiden, darf gar nicht, bei anderen Krankheiten z. B. Maul- und Klauenseuche, Ruhrpocken u. a. nur nach ausreichender Erziehung in den Verkehr gebracht werden. An Markenmilch- und Vorzugsmilchbetrieben werden besondere Anforderungen gestellt. Sie müssen einer laufenden Kontrolle unterworfen werden. Für Vorzugsmilchbetriebe sind außerdem bestimmte Futtervorschriften getroffen.

Alle Räume, die irgendwie der Milchwirtschaft dienen, müssen ebenso wie die Einrichtungen und Gegenstände stets sauber und reinlich gehalten werden. Räumlichkeiten, die nach Inkrafttreten des Gesetzes gebaut oder umgebaut werden, müssen hell und gut zu lüften sein und dürfen nicht mit Abfällen in unmittelbarer Verbindung stehen. Die Wände müssen mit einem mindestens jährlich zu erneuernden Kaltanstrich versehen werden. Auch im übrigen werden weitgehende hygienische Anforderungen gestellt, die im Interesse der ordentlichen Milchwirtschaft notwendig sind.

Deutsche Jugendkraft

Rhede erringt endgültig den Wanderpreis.

1. Rhede, 18. April.

Das Jugendheim und der neue Sportplatz hatten am Sonntag ein schmales Festfeld angelegt. Gaben sich doch die Sportler des Bezirks Bocholt-Rees hier ein Stelldichein, um den Bezirksfrühjahrsmeistertitel auszutragen. Als Auftakt der Veranstaltung galt die Festbühne, die von allen Sportlern besucht wurde. In Reihe und Glied zogen sie dann über die Hofstraße und den Wildpark zum Jugendheim. Das Hauptinteresse der ganzen Veranstaltung galt den Wäldchen. In 8 Klassen stellten sich etwa 180 Jünglinge dem Start. Ein Beweis dafür, daß auch die leichtathletischen Leibesübungen in der D. S. R. gebührend beachtet werden. Hunderte von Zuschauern umfanden die Laufstrecken. Als Sieger gingen in den einzelnen Klassen folgende Athleten durchs Ziel:

- 1. Klasse: 1. Hans Brandenburg (Iffelburg), 2. W. Schepers (Blau-Weiß Wesel), 3. August Platen (L. u. B. Bocholt), 4. Josef Kötter (Eintracht Bocholt), 5. G. Schapditz (Bocholt), 6. Franz Kiege (L. u. B.), 7. Josef Krämer (Chamavia Bocholt), 8. G. Weidemann (Iffelburg), 9. Bernh. Rodemacher (Eintracht), 10. Edm. Mann (Iffelburg).
- 2. Klasse: 1. Karl Böls (Rhede), 2. Kurt Diller (Blau-Weiß Wesel), 3. Jos. Booms (Eintracht), 4. J. Zimmernann (Blau-Weiß Wesel), 5. Konrad Karius (Blau-Weiß Wesel), 6. Helm. Dunderbed (Iffelburg).
- 3. Klasse: 1. Paul Brandenburg (Iffelburg), 2. Franz Hengstlermann (Rhede), 3. Jos. Belling (Rhede), 4. Rod. (Wesel).
- Schülerklasse: 1. Hubert Gehner (Chamavia), 2. Wengering (Rhede), 3. L. Zernweide (L. u. B.), 4. Belling (Sportfreunde), 5. Qu. (Chamavia), 6. W. (Chamavia), 10. Gerde (Eintracht), 11. Brandenburg, 12. Bollwert (beide Iffelburg).

der Redner, daß es sich bei der Wahl am 24. April für unsere Gegner darum handelte, über die Preußenwahl die Macht im Reich zu gewinnen, um so Brünning zur Strecke zu bringen. Als Ratholiken hätten wir bei der Hindenburgwahl unsere Pflicht getan. Nun komme es darauf an, auch aus kulturellen Gründen dafür zu sorgen, ein starkes Zentrum in das Parlament abge zu bringen. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Kreispartei-Generalsekretär (Wesel) sprach noch über die Hindenburgwahl. Auch er forderte die Zentrumswähler auf, am Wahltag mit dem Stimmzettel den Gegnern die rechte Antwort zu geben für unsere Zentrumspartei, für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Die Milchhändlerbetriebe, in denen Milch zur verlaufsfertigen Abgabe an den Verbraucher abgefüllt in den Verkehr gebracht wird, müssen mit einem festen Verschluss versehen sein und sich leicht reinigen lassen. An Vorzugsmilch werden erhöhte Anforderungen gestellt.

Die Milchhändlerbetriebe, in denen Milch zur verlaufsfertigen Abgabe an den Verbraucher abgefüllt in den Verkehr gebracht wird, müssen mit einem festen Verschluss versehen sein und sich leicht reinigen lassen. An Vorzugsmilch werden erhöhte Anforderungen gestellt.

Die Handelserlaubnis ist an die Voraussetzung der Zuverlässigkeit und Sachkunde geknüpft. Außerdem müssen die erforderlichen Räumlichkeiten, Einrichtungen und Gegenstände vorhanden sein. Voraussetzungen ist ein Mindestkapital in Städten unter 10 000 Einwohnern 50 Taler täglich, bei über 10 000 Einwohnern 100 Taler, bei über 50 000 Einwohnern 200 Taler täglich, für Großhändler mindestens die fünffache Menge. Vorzugsmilchbetriebe bedürfen außer der Handelserlaubnis der Genehmigung der Ortspolizeibehörde. Die Handelserlaubnis wird in erster Instanz in kreisfreien Städten vom Stadtausschuß, in kreisangehörigen Städten mit über 10 000 Einwohnern vom Magistrat bezw. von einem solchen nicht vorhandenen, vom Bürgermeister und den Beigeordneten als Kollegium, in Städten unter 10 000 Einwohnern und in Landgemeinden vom Kreisausschuß erteilt. Erlaubnisbehörde zweiter Instanz ist der Bezirksausschuß. Zur Durchführung des Milchgesetzes werden besondere

Uebervorschriften

Bei Festsetzung der Milchpreise sind besondere Preisauflagen zu bilden. Milchwirtschaftliche Unternehmen dürfen die Bezeichnung „Molkerei“, „Meierei“ u. a. nur führen, wenn sie im Jahresdurchschnitt täglich mindestens 500 Liter Milch oder Sahne verarbeiten und die erforderlichen Einrichtungen vorhanden sind. Bei Gutsmolkereien wird ein Tagesdurchschnitt von 800 Liter verlangt.

Steuervorschriften

Suchen dem Gesetz die notwendige Durchschlagkraft zu geben. Im Hinblick darauf, daß die Milch wichtigste Volksernährungsmittel darstellt, wird man die gesetzliche Regelung der Milchherzeugung und des Handels nur begünstigen. Die gegebenen Uebervorschriften erleichtern den Beteiligten die gegebenenfalls notwendige Umstellung.

Am 6. Uhr fand die Siegerehrung im Jugendheim statt. Herr Lehrer Busch (Bocholt) beglückwünschte die Rheder D. S. R. ob des neuen schönen Sportplatzes. Gleichfalls gratulierte er der Rheder Abteilung für die endgültige Erringung des Wanderpreises, der im Jahre 1922 von der Gemeinde Rinningen gestiftet worden ist. Die ganze Veranstaltung nahm einen tadellosen Verlauf und bewies erneut, daß die Deutsche Jugendkraft innerhalb des Bezirks weiter marschiert. Jugendkraft Heil!

Die Uebungsstunden für Dienstboten werden wie folgt festgesetzt: Stammanfänger von 2-5 Uhr, Schüler 5-7 Uhr, ab 7 Uhr Hausfrau. Um 8 Uhr findet die Turnhalle im Gefelshaus statt.

J. C. Chamavia.

Das west

Die in Do
Teilen Westfalen
Westfälisch-Preuss
den Preußenwal
dem wir folgenden

„Zu den am
den Landtagsw
bünde im Reich
geben Wahlau
Der freie
Erörterung mit
führen hat, ver
bisherigen für S
Bernauffassung
verfügen und in
Handwerk steht
politischen Staat
Verwaltung, die
der für eine ge
ordnung unentbe
entgegenstehen.
entgegenstehen.
nana. und S
lage einer gesun
verwaltung in C
herstellen.“

Zum Schluß
Beitragung wu
Zentrum bew
und zwar R
goer (Bochum)

Tagung

Die westfäl
am gestrigen Son
tagung eingeladen
15 jährigen S
bunden war. Dar
hätte das Ehren
tischen Hauptreferat
unter dem Vor
sitz der Genera
lratifizierung, ver
gen eingehend er

Die feste
Westfälischen So
zialistischen
literarischen W
der Begründung de
Aufgaben und d
Unter anderem b
überdieser G
über das Thema:
Er führte u. a. a
der traurigste un
aus den Folgen
der fürderlichen
drückend war das
tägliche, und eine
unfer. Die Meie
geschrieben zu sein.
Herz und Gemüt
aber auch nach in
Freunde, weiter
aus dieses Mittel
nehmen ließ. W
warmes Mitemp
wollten uns helfe
wie Betty Hirsch,
u. a. m. In diese
das Volk mit Hilfe
meisten von uns
wieder gestiegene
uns umstellen
Redner erklärte b
pers, die dem C
bieten müssen, un
mitten unter in
Regelarbeit im G
werde weitergem
daß Arbeit über
Kriegsblinden und
Vorrat auf
derung sei daher:
uns bei ihrer Ver
deutsche Volk uns
wir für das Volk
haben. Und so w
bald wieder einen
zum Licht. Stür
das Schicksal meis
dem Redner für
padenden Ausfüh
liche Darbietungen

Hier wurde e
genommen, der
ein langgedu
c 3 p entpuppte
überfallen und
Attentats mit de
Ergriffung des
1000 Mark aus
Tat bis jetzt noch
festgenommen, de
entlassen werden

1000
1000
1000

21

land schon keinen
ist in dem Deutsche
da. Aus welchem
neuer Laden auf